



Alles wie immer?

Die Auswirkungen der Covid19-Pandemie
auf Phänomene der gruppenbezogenen
Menschenfeindlichkeit

Gefördert vom



im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**



Liebe Leser_innen,

die Covid-19 Pandemie hat 2020 Einschnitte in unser aller Leben hinterlassen und jeden Menschen vor neue Herausforderungen gestellt. Dort, wo sich Covid-19 und die damit verbundenen Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie ausbreiteten, nahm soziale Ungleichheit zu und wurde verstärkt. Denn gerade Menschen in prekären Arbeits- und Lebensverhältnissen, sowie Angehörige von gesellschaftlich marginalisierten Gruppen, wurden besonders stark getroffen.

Junge Erwachsene und freiwillig Engagierte des Netzwerks für Demokratie und Courage Saar haben sich mit sozialen und gesellschaftlichen Herausforderungen und Veränderungen seit Beginn der Covid19-Pandemie auseinandergesetzt. Ausgehend von der Frage „Alles wie immer?“ wurden unterschiedliche Bereiche des täglichen Lebens in den Fokus gerückt. Rassismus hat durch Corona gesellschaftlich noch mehr Akzeptanz gewonnen. Zu Beginn der Pandemie häuften sich – nicht nur in Deutschland – rassistische Übergriffe auf Menschen, die als „asiatisch“ aussehend wahrgenommen wurden. Die Übergriffe reichten von Beleidigungen und Anfeindungen über Anspucken bis hin zu körperlicher Gewalt. Es machte aber nicht beim anti-asiatischen Rassismus halt, sondern es wurden darüber hinaus noch andere Gruppen mittels rassistischer Stereotype verantwortlich gemacht. Diese gesellschaftliche Stimmung zeigte sich als Donald Trump behauptete, dass Migrant_innen für die Ausbreitung in den USA verantwortlich seien, Victor Orbán das Corona-Virus mit Geflüchteten und Migrant_innen in Verbindung brachte und Matteo Salvini die Schuld Geflüchteten vom afrikanischen Kontinent auflud.

Seit Beginn der Pandemie gibt es Menschen, die Covid-19 nicht ernst nehmen oder gar leugnen. Mit den notwendigen Einschränkungen zur Eindämmung der Pandemie schlossen sich diese Menschen zusammen und riefen bundesweit zu Demonstrationen auf, unter anderem in Saarbrücken und Sankt Wendel. Auf diesen Demonstrationen und in deren Umfeld hat sich eine gefährliche Allianz aus Impfgegner_innen, Verschwörungsideolog_innen, Antisemit_innen, Angehörigen der extremen Rechten und Bürger_innen der sogenannten Mitte der Gesellschaft zusammengefunden. Von den teils schweren Einschränkungen des öffentlichen Lebens wurden vor allem Menschen mit prekären Einkommens- und Lebensverhältnissen hart getroffen. Viele von ihnen konnten ihrer Erwerbstätigkeit nicht mehr nachgehen und andere wurden gänzlich von der gesellschaftlichen Teilhabe ausgeschlossen. Insbesondere Frauen wurden durch die Schließung von Schulen und Kitas mit steigender Reproduktionsarbeit konfrontiert, sodass an vielen Stellen ein Rückfall in traditionelle Rollenbilder zu beobachten ist. Dies führt dazu, dass bestehende soziale Ungleichheiten vergrößert und verfestigt werden.

Die für die Broschüre und ihre Artikel leitende Frage „Alles wie immer?“, soviel schon vorab, wird mit einem eindeutigen „Ja, aber schlimmer“ beantwortet werden müssen.

Mit couragierten Grüßen

Hannah Meuler, Nadine Niewel und Jan Eric Rippel

– geschäftsführender Vorstand des NDC Saar e. V. –

	SEITE
Die Corona-Pandemie und das Wiederaufflammen des antiasiatischen Rassismus	5
Die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf marginalisierte Gruppen – Anti-Schwarzer Rassismus in Zeiten von Corona	8
Berichterstattung über Sinti_ zze und Rom_ nja während der Covid-19-Pandemie	12
Corona und Sexismus	17
„Der Regen fließt eben nach unten“ – Über die Pandemie in der kapitalistischen Klassen- und Konkurrenzgesellschaft	21
„Antisemitismus ist das Gerücht über die Juden“ – Das Wiederaufleben eines uralten Phänomens	25
Bunt UND Braun – Eine Chronologie und vorläufige Einschätzung der saarländischen Proteste gegen die Infektionsschutzmaßnahmen	29
Bildnachweis / Impressum	32

Die Corona-Pandemie und das Wiederaufflammen des antiasiatischen Rassismus

von Suginthan Markandu

Die durch den Virus SARS-CoV-2 ausgelöste Corona-Pandemie stellt nicht nur die bisher größte weltweite gesundheitliche Krise des 21. Jahrhunderts dar, sie wirkt zusätzlich als Verstärker schon bestehender sozialer Ungleichheiten und bedroht die wirtschaftliche Existenz von Millionen Menschen. Während diese Herausforderungen Gegenstand aktueller gesellschaftlicher Debatten sind, wird die Rolle der monatelangen Gesundheitskrise als Katalysator für menschenfeindliche Einstellungen und deren Folgen für die jeweiligen Betroffenenengruppen – insbesondere in Deutschland – kaum thematisiert. Aber gerade seit dem Ausbruch von Covid-19 erleben ostasiatisch und südostasiatisch gelesene Menschen vermehrt rassistische Anfeindungen, weil sie fälschlicherweise für den Ausbruch bzw. die Verbreitung der Krankheit verantwortlich gemacht werden. Diese wieder-aufflammende Diskriminierung ist jedoch keine neue Entwicklung in der deutschen Gesellschaft, sondern beruht auf der Reaktivierung antiasiatischer Stereotype und rassistischer Bilder, deren Ursprünge weit zurück in die deutsche Geschichte reichen.

Antiasiatisch-rassistische Kontinuität in der deutschen Geschichte

Während der aktuellen Pandemie werden Asiat_innen mit verschiedensten Feindbildern konfrontiert. Diese konstruierten Anschuldigungen reichen von dem Vorwurf, für den Ausbruch und die Weiterverbreitung der Virusinfektion verantwortlich zu sein, über das verbreitete stereotype Bild eines „unhygienischen und dreckigen“ Asiens bis hin zum Narrativ der „befremdlichen und noch unzivilisierten“ asiatischen Kultur¹, insbesondere der Esskultur. Diese Feindbilder blicken auf eine lange Tradition zurück, die in Deutschland bis tief in die Kolonialzeit zurückverfolgt werden kann.

Bereits Kaiser Wilhelm II. forderte im Jahr 1900 in seiner „Hunnenrede“ die Armee des Kaiserreiches auf, einen rücksichtslosen Rachefeldzug in China zu führen. Schon drei Jahre zuvor wurde die Errichtung der ersten deutschen Kolonie im heutigen China mit der Überlegenheit der „deutschen Rasse“ und dem höheren Zivilisationsgrad der Deutschen gerechtfertigt. Zentraler Bestandteil dieser Politik der Kolonialmächte war das Feindbild der „Gelben Gefahr“ mit deren Hilfe man Ressentiments gegen ostasiatische Länder schüren wollte.

Im Nationalsozialismus gipfelte die antiasiatische „Rassenpolitik“² im Jahr 1944 in der systematischen Deportierung und Ermordung der damals in Deutschland lebenden Chines_innen, unter anderem auch aus dem sogenannten Chinesenviertel in Hamburg.¹ Dass die Kontinuität antiasiatischer Politik nicht mit dem Ende der nationalsozialistischen Herrschaft endete ist nicht nur am gescheiterten Kampf chinesischer Überlebender um Entschädigung erkennbar. Die deutsche Nachkriegsgesellschaft verweigerte eine Aufklärung der Rassenpolitik und legitimierte die willkürliche Deportierung der Menschen aus dem ehemaligen Chinesenviertel als gewöhnliche Polizeiaktion.

In den achtziger und neunziger Jahren manifestierte sich der antiasiatische Rassismus in seiner gewalttätigsten Form als rassistisch motivierte Morde, wie zum Beispiel der an Do Anh Lan und Nguyen Ngoc Chau in Hamburg im Jahr 1980.

¹ Hierbei handelt es sich um ein rassistisches Konstrukt. Kultur wird konstruiert im Zusammenleben von Menschen. Sie ist nichts naturgegebenes, sondern Menschen stehen in einem unterschiedlichen Verhältnis zu Kultur. Daher ist es unwahrscheinlich, dass es eine Gruppe gibt, bei denen die meisten Merkmale gleich sind und diese Merkmale gleichzeitig die gesamte Gruppe bzw. deren „Kultur“ beschreiben.

² Die Einteilung von Menschen in „Rassen“ ist eine Konstruktion, um Abwertung, Ausgrenzung und Verfolgung bis hin zur Vernichtung von Menschen zu legitimieren. Wir nutzen diesen Begriff, um die abwertende Konstruktion zu benennen. Wir nutzen Anführungszeichen, um uns von dieser zu distanzieren.

Aber auch als Pogrome, wie jene von Rostock-Lichtenhagen und Hoyerswerda, wo rechtsradikale Rassist_innen über mehrere Tage hinweg geflüchtete Rom_nja und vornehmlich vietnamesische Vertragsarbeiter_innen angreifen konnten.

Gefangen im Widerspruch zwischen dem Bild des_der „Vorzeigemigrant_in“ und der gesellschaftlichen Stigmatisierung

Trotz der historischen Kontinuität anti-asiatischer Diskriminierung in der deutschen Geschichte kämpfen Asiat_innen auch mitten in der Pandemie darum, dass anti-asiatischer Rassismus als eigenständige strukturelle Diskriminierung mit ganz spezifischen Ausprägungen anerkannt wird.

Schon in der Zeit vor der Pandemie wurden Asiat_innen mit unterschiedlichen stereotypen Bildern mit zum Teil sehr widersprüchlichen Ausprägungen konfrontiert. So verknüpft die Mehrheitsgesellschaft ostasiatisch gelesenen Menschen oft mit vermeintlich positiv besetzten Attributen wie Duldsamkeit, Fleiß und Intelligenz. Im Vergleich zu anderen migrantischen Gruppierungen werden sie häufig in die Rolle der Vorzeigemigrant_innen gedrängt. Diese unrealistischen, idealisierten Vorstellungen haben jedoch nur auf dem ersten Blick einen positiven Anschein. Während Mitglieder der südost- und ostasiatischen Minderheiten durch diese Idealisierung als von der Norm der Mehrheitsgesellschaft abweichende, andersartige und fremde Gruppe dargestellt werden, hat sich insbesondere in der Zeit des ökonomischen Aufstiegs Japans und der sogenannten asiatischen Tigerstaaten³ seit den Sechzigern in der westlichen Gesellschaft das Bild der fleißigen, pausenlos wie „Ameisen arbeitenden“, aber jeglicher Individualität und Emotionalität beraubten, Asiat_innen festgesetzt.

Als Folge dieser, in der Gesellschaft verbreiteten, diskriminierenden Bilder erleben Betroffene unterschiedliche Formen von Gewalt. Diese reichen von Beschimpfungen und struktureller Diskrimi-



nierung, wie zum Beispiel in der Arbeitswelt, bis hin zu körperlicher Gewalt. Wenn man sich daher die Frage stellt, inwiefern die Pandemie die Bedrohungslage für Asiat_innen verschärft hat, ist es notwendig sich einerseits die historische Dimension des anti-asiatischen Rassismus vor Augen zu führen und sich andererseits darüber im Klaren zu werden, dass schon vor Covid-19 ost- und südostasiatisch gelesene Menschen von Rassismus betroffen waren. Trotzdem war und ist in der deutschen Öffentlichkeit die Sensibilität für diese Form der Diskriminierung kaum ausgeprägt

Ein medizinisches Phänomen wird kulturalisiert...

Die Corona-Krise verschärft die akute Problematik für die Betroffenengruppe zusätzlich auf verschiedene Arten. Auch wenn Covid-19 in erster Linie ein medizinisches Phänomen ist, wurde die Krankheit insbesondere in der medialen Berichterstattung im Frühjahr 2020 als kulturalisiertes Problem dargestellt.

³ Es handelt sich um die Bezeichnung für die wirtschaftlich aufstrebenden ost- und südostasiatischen Staaten Taiwan, Südkorea, Singapur, die Sonderverwaltungszone Hongkong, Thailand, Malaysia, Indonesien und die Philippinen.



FOOTBALL NATIONAL 3
L'ASBO retrouve la bonne carburation face au Touquet
PAGE 21

EMPLOI
ROUTIERS AU FÉMININ CHEZ IMMO OUEST
PAGE 3



So entschied zum Beispiel der Spiegel am 01.02.2020 sein Cover mit der gelben Bildunterschrift „Made in China“ zu versehen. Eine Kombination die sehr stark an das „Gelbe Gefahr“ – Feindbild aus der Kolonialzeit erinnert. Weitere mediale Bilder wie „Kung Flu Panda isst beim Chinesen“ (heute show – ZDF vom 06.03.2020) mit einer abwertenden Anspielung auf die chinesische Esskultur oder „Gelber Alarm“ (Courrier Picard vom 26.01.2020) verdichten das Narrativ, dass für diese Krankheit nicht nur der Virus sondern die asiatische Kultur und asiatische Menschen generell verantwortlich gemacht werden.

...und führt zur rassistischen Gewalt

Rassistische Agitator_innen nutzen diese Umdeutung aus. Protestbewegungen gegen die Corona-Maßnahmen wie „Querdenken 711“, die aktuell von rechtsradikalen, verschwörungstheoretischen und esoterischen Strömungen geprägt sind, stellen eine wirkmächtige öffentliche Plattform dar, auf der unter anderem auch antiasiatische Resentiments verbreitet werden. Die rassistische Agitation trifft in einer Zeit, in der viele Menschen verunsichert sind und um ihre Existenz kämpfen, auf fruchtbaren Boden, mit verhängnisvollen Folgen für Asiat_innen.

Während der Pandemie äußert sich die Diskriminierung auf verschiedenen Ebenen. Von verbalen Aggressionen, wie Beleidigungen und Bedrohungen, die als asiatisch gelesene Menschen erfahren, reichten sie bis hin zu körperlicher Gewalt. Im April 2020 wurde ein südkoreanisches Ehepaar in Berlin rassistisch beleidigt und tätlich angegriffen. Erst nach Intervention der koreanischen Botschaft überprüfte die Polizei diesen Fall. Viele Betroffene erzählen von offenen Feindseligkeiten und berichten von sozialem Ausschluss. Die fehlende Sensibilität deutscher Behörden zu dieser Problematik, verhindert eine adäquate Analyse der Situation und die Aufklärung der Gewalttaten.

#JeNeSuisPasUnVirus und die Zivilcourage der Betroffenen

Der zunehmende weltweite Anstieg antiasiatischer Übergriffe führte aber auch dazu, dass sich viele Betroffene zusammengeschlossen haben. Unter dem Hashtag #IchbinkeinVirus, der zunächst in Frankreich entstand, berichten Betroffene von ihren Erfahrungen und machen so die Diskriminierung in Zusammenhang mit Covid-19 öffentlich. Im März entstand schließlich auch ein gleichnamiges Projekt mit dem Ziel, Betroffene, Aktivist_innen und Beratungsstellen zusammenzuführen. Auch viele Vereine wie „korientation“, eine asiatisch-deutsche Selbstorganisation, haben ihre Arbeit intensiviert, um auf die Folgen des antiasiatischen Rassismus aufmerksam zu machen und die deutsche Gesellschaft stärker für dieses Thema zu sensibilisieren. Der asiatischen Community in Deutschland und ihrem couragierten Einsatz ist es zu verdanken, dass die gesellschaftliche Debatte um antiasiatischen Rassismus auch hier Fuß fassen konnte.

Literatur

M. Keevak (2011) *Becoming Yellow. A Short History of Racial Thinking.* Princeton University Press 2011.

S. Arndt / N. Ofuately-Alazard et al. (2011) *(K)Erben des Kolonialismus im Wissensarchiv deutsche Sprache. Ein kritisches Nachschlagewerk.* Unrast Verlag.

Die Auswirkungen der Coronapandemie auf marginalisierte Gruppen – Anti-Schwarzer Rassismus in Zeiten von Corona

von *Sophia Edna und Denilson B.*

Die Soziologin Birgit Rommelspacher war eine der ersten Forscher_innen, die im deutschsprachigen Raum das Phänomen Rassismus und dessen Auswirkungen in der Gesellschaft untersucht hat. Sie beschreibt, wie Rassismus sich durch gesellschaftliche Diskriminierung ausdrückt. Diese lässt sich auf verschiedenen Ebenen verorten. Dazu gehören die strukturelle-institutionelle Ebene, die individuelle, sowie die normativ-diskursive Ebene. Auf all diesen Ebenen, auf denen Rassismus ohnehin wirkt und Menschen mit Privilegien ausstattet, bzw. Menschen Privilegien aufgrund rassistischer Denk-Verhaltensweise und Strukturen abspricht, lassen sich auch Auswirkungen der Covid-19-Pandemie erkennen. Der Antidiskriminierungsverband Deutschland (advd) berichtet, dass sich die Lage während der Corona-Pandemie besonders auf der strukturellen Ebene verschärft hat.

Strukturell-institutioneller Rassismus

Strukturelle Diskriminierung existiert seit Beginn der Bundesrepublik Deutschland. Sie manifestiert sich in der Gesetzgebung und im politischen System. Die Folgen jahrzehntelanger rassistischer Diskriminierung, lassen sich nach Rommelspacher in Segregationslinien, zum Beispiel Öffentlichkeit-Privat, kulturell oder ökonomisch, teilen.

Die ökonomische Segregation bezeichnet die Chancen von Black, Indigenous und People of Colour (BIPOC) auf dem Arbeitsmarkt. Diese basieren unter anderem auf dem schulischen Abschluss, der wie die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung „Was uns zusammenhält“ (2020) zeigt, angesichts der Ungleichbehandlung im Bildungssystem nicht von Chancengleichheit bestimmt ist. Seit Ausbruch der Corona-Pandemie lässt sich eine Verschärfung von strukturellem Rassismus wie folgt erklären: Schulunterricht fand während des ersten Lock-



downs von März bis Ende Mai 2020 vielerorts online statt. In dem Artikel „Wie die Corona-Krise Ungleichheit fördert“ (vorwärts, 23.07.2020) berichtet Bettina Kohlrau, dass dies viele Familien mit niedrigem sozioökonomischen Status, worunter besonders BIPOC-Familien fallen, vor ein Problem stellte, denn sie hatten meist nicht für alle ihre Kinder einen Computer. Das führte wiederum dazu, dass die Kinder am Unterricht nur unter erschwerten Bedingungen teilnehmen konnten und somit die Bildungsungleichheit weiter anwuchs. Ein weiterer Faktor für die Verschärfung, während der Coronakrise ist das Arbeitsverhältnis vieler BIPOC. Ein großer Anteil von ihnen arbeitet aufgrund von rassistischen Strukturen im Niedriglohnsektor. Sie sind nicht selten die ersten, denen gekündigt wird. Das sind nur zwei von vielen Beispielen, die zeigen, welches Ausmaß Anti-Schwarzer Rassismus in der Gesellschaft hat.

Normativ-diskursiver Rassismus

Die normativ-diskursive Ebene beschreibt rassistische Stereotype und Zuschreibungen, die weit verbreitet sind. Sie finden sich in medialer Berichterstattung, (Kinder-)Büchern, Filmen, Serien und Musik wieder. Sie formen ein rassistisches Wissen, dass von großen Teilen der Gesellschaft übernommen und reproduziert wird. (Re-)Produktion rassistischer Zuschreibungen und Ressentiments kann sowohl bewusst als auch unbewusst passieren und muss stets aktiv hinterfragt werden.

Seit 2015 werden rassistische Stereotype, Beleidigungen und menschenverachtende Parolen immer offener geäußert. Die Bundesregierung reagierte mit erneuten einschneidenden Verschärfungen des Rechts auf Asyl bei gleichzeitiger massiver Zunahme rassistischer Angriffe auf Geflüchtete und ihre Unterkünfte.

Rechter Terror wie in Kassel, Halle und Hanau wird flankiert von einer Zunahme rassistischer und menschenverachtender Einstellungen bei großen Teilen der Gesellschaft. Gleichzeitig sehen wir, wie zum ersten Mal die Lebensrealitäten vieler BIPOC medial sichtbar gemacht werden: Eine Vielzahl von Berichten, Talkshows etc. liefen auf öffentlich-rechtlichen Sendern und machten auf die Thematik aufmerksam. Leider wurden viel zu selten Menschen mit Rassismuserfahrung eingebunden. Dennoch sind diese Entwicklungen zu begrüßen. Jedoch darf man nicht den Glauben verfallen, dass diese Lebensrealitäten erst seit gestern bestünden. Sie wurden bis dato einfach ignoriert oder als Einzelfälle abgestempelt.

Während der Covid-19 Krise werden erneut alte rassistische Ressentiments hervorgebracht und mit der Pandemie verknüpft. Immigrant_innen, Menschen mit Migrationsgeschichte, geflüchtete Menschen, Menschen, die einer marginalisierten, diskriminierten Gruppe angehören, wird vorgeworfen, dass sie dieses Virus mit eingeschleppt haben sollen, womöglich, um die weiß-europäische Ethnie¹ zu dezimieren. Das sind Erzählungen, die mancherorts, nicht mehr ganz so leise, hinter nicht mehr ganz so vorgehaltener Hand, ausgebrütet werden – und übrigens nicht neu sind.

Sprache wird zu Realität, weil Sprache Denken formt: Abstrusität wird vermischt mit offensichtlichen Rassismus, gipfelt in menschenverachtenden Demonstrationen und Kundgebungen, die vordergründig gegen die Maßnahmen zur Einschränkung der Covid-19 Pandemie protestieren. Diese werden von extrem Rechten Gruppierungen und Demokratiegegner_innen schamlos als Plattform für ihre menschenverachtende Ideologie

genutzt. Vermehrte Übergriffe und Angriffe auf Menschen, die scheinbar nicht in das weiß-eurozentristische Weltbild mancher Menschen zu passen scheinen, sind logische Folgen von Ideologien der Ungleichwertigkeit.

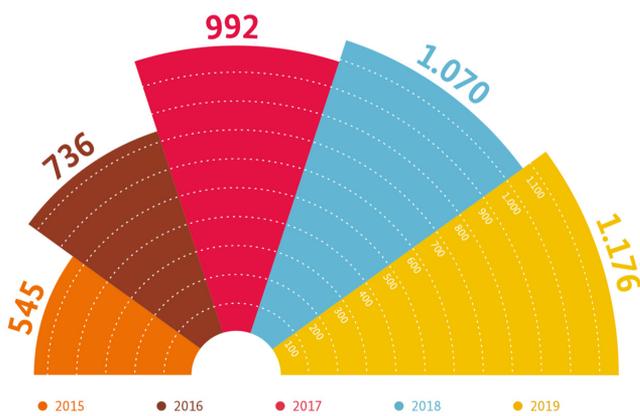
Rassismus auf der individuellen Ebene

Individuen handeln bewusst oder unbewusst rassistisch. Rassismus auf der individuellen Ebene findet in der Interaktion zwischen einzelnen Menschen statt. Dies kann sich in ungleicher Behandlung, Beleidigungen oder „Witzen“ äußern. Ebenfalls werden darunter auch gewalttätige Übergriffe gefasst.

Zahlen können eine klare Sprache sprechen, sie schönen nicht und verschleiern nicht. Sie geben uns eine möglichst objektive Auskunft. Die Zahl der Straftaten im Themenfeld „Hasskriminalität“ ist in den letzten Jahren gestiegen. 2019 wurden rund 8500 rassistische Übergriffe gemeldet. Es handelt sich dabei bei weitem nicht um alle Straftaten. Zum einen werden nicht alle rassistischen Übergriffe in das Themenfeld einsortiert, zum anderen zeigen viele Betroffenen Angriffe nicht an, weil sie befürchten von der Polizei nicht ernst genommen zu werden.

Die Zahlen der Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) sprechen eine ähnliche Sprache. Betrachtet man nun die Zahlen der Übergriffe, die als rassistisch und menschenfeindlich eingestuft werden (von einer höheren Dunkelziffer kann ausgegangen werden), sieht man eine deutliche Steigerung: Laut den Zahlen der ADS, steigen die Zahlen der Beratungsanfragen seit 2015 (545 Anfragen) durchgehend an (Stand 2019: 1.176 Anfragen). Auch die Beschwerden über rassistische Hatespeech und Beschimpfungen im öffentlichen Raum und Internet sind 2019 auf 3.580 (+4%) gemeldete Fälle angestiegen.

¹ „weiß“ und „Schwarz“ meint hier nicht die tatsächliche Färbung der Haut, sondern ein politisches Konstrukt, dass Menschen unterschiedliche Zugänge (zu machtvollen Strukturen) und Ressourcen ermöglicht bzw. verweigert.



Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes berichtet außerdem davon, dass sie seit Beginn der Corona-Krise rund 1.500 Beratungsanfragen (Stand 27.11.2020) ausschließlich zu Diskriminierungserfahrungen im Zusammenhang mit der Covid19-Pandemie erhalten hat. Die Fälle reichen von rassistischen Verhalten bis hin zu gewalttätigen körperlichen Übergriffen.

So wichtig diese Zahlen sind, sind doch unterschiedliche Gruppen von unterschiedlichen Rassismen betroffen, auch wenn es Überschneidungen gibt. Da in Deutschland jedoch, wenn überhaupt, alle rassistische Übergriffe und Erfahrungen unter dem großen Überpunkt „Rassismus“ gesammelt werden, lassen sich zum jetzigen Zeitpunkt keine genauen Angaben zu antischwarzen Rassismus treffen. Dies ist jedoch wichtig, um ein klares Bild zu erhalten, denn Rassismus äußert sich in verschiedenen Formen, das heißt jede ethnische Gruppierung macht andere Rassismuserfahrungen. Der Verein Each One Teach One (EOTO) hat gemeinsam mit Citizens for Europe, Vielfalt entscheidet und gefördert durch die ADS, die erste großangelegte Statistik und Dokumentation zur Lebensrealität von Menschen der Afrikanischen Diaspora überhaupt, den Afrozensus, durchgeführt. Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Textes war der Zensus noch nicht ausgewertet.

Erfahrungen teilen

Bewegt mensch sich in sozialen Medien, ist es möglich sich ein Bild von Anti-Schwarzen/Anti-Blackness-Rassismus in Deutschland zu machen.

Schwarze Deutsche, die immer wieder davon berichten, dass sie mal mehr mal weniger subtil bei der Wohnungssuche und Jobsuche abgelehnt werden, rassistische Erfahrungen im Berufsalltag machen (Situationen bei Unternehmen wie jd sports, Rossmann und true fruits), physische und verbale Übergriffe in der Öffentlichkeit erleiden, Racial Profiling² durch Behörden und rassistische Behandlung in Bildungseinrichtungen und am Arbeitsplatz erleben – die Liste ist lang. Betrachtet man also Social Media Posts und Berichte, die rassistische Übergriffe und Erlebnisse dokumentieren, gepaart mit den oben genannten Zahlen, entsteht ein eindeutiges Bild und lässt nur einen Schluss zu: Der Anti-Schwarze Rassismus steigt in Deutschland an. Hinzu kommen die aufgeladenen politischen Debatten der letzten Jahre, die ihren Teil dazu beitragen.

Widerständige Positionen

Unterdessen steigt der Widerstand in der Bevölkerung gegen Rassismus. Viele Menschen, die sich aufgrund ihrer Privilegien nie mit den Lebensrealitäten Schwarzer Menschen auseinandersetzen mussten, haben sich unter anderem durch die Black-Lives-Matter-Bewegung und der vielen antirassistischen Initiativen in den letzten Monaten mit der Thematik auseinandergesetzt. Ein Resultat hiervon sind viele Solidaritätsbekundungen, wie die des aktuellen deutschen Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier (Tagesspiegel, 16.06.2020) – angelehnt an das bekannte Zitat der Schwarzen Bürger_innenrechtlerin Angela Davis “In a racist society it is not enough to be non-racist. We must be anti-racist” – „Es reicht nicht aus, ‚kein Rassist‘ zu sein. Wir müssen Antirassisten sein!“. So appellierte er an Zivilgesellschaft und Politik, anti-rassistische Strukturen zu etablieren und Anti-Rassismus aktiv zu erlernen und zu leben.

¹ Der Begriff Racial Profiling kommt aus den USA und bezeichnet Maßnahmen der Polizei und andere Sicherheitsbehörden, wie zum Beispiel Identitätskontrolle, Verhaftungen, etc., die nicht auf Grundlage eines Verdachts gegen eine Person stattfinden, sondern aufgrund von „äußeren“ Merkmalen, wie vermutete Herkunft oder Religionszugehörigkeit.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass gesellschaftliche Diskurse offener für rassistische und extrem rechte Positionen geworden sind. Extreme Rechte marschieren mit Menschen aus der sogenannten „politischen Mitte“ zusammen und verbreiten ihre menschenverachtende Ideologie. Dies führt zu einem Klima, das besonders BIPOC in ihrem Alltag zu spüren bekommen. Gleichzeitig wächst der Widerstand gegen Rassismus. Er wird immer mehr als ein gesellschaftliches Problem anerkannt, dem keine_r sich mehr entziehen kann.

Gerade bei strukturellem Rassismus ist die Politik jetzt gefragt, zu Handeln und auf ihre Solidaritätsbekundungen Taten folgen zu lassen.

Literatur

Rommelspacher, Birgitt: Was ist eigentlich Rassismus, in: C. Melter & P. Mecheril (Hg.), Rassismustheorie- und forschung. Schwalbach/Ts: Wochenschau Verlag 2009, S.25–38

Kolleck, Nina: Was uns zusammenhält.
<http://library.fes.de/pdf-files/fes/16009.pdf>

Kohlrausch, Bettina: Wie die Corona-Krise die Ungleichheit fördert.
www.vorwaerts.de/artikel/corona-krise-ungleich-eit-foerdert

Tagespiegel: Es reicht nicht aus, ‚kein Rassist‘ zu sein. Wir müssen Anti-rassisten sein.
www.tagesspiegel.de/politik/bundespraesidentsteinmeier-es-reicht-nicht-aus-kein-rassist-zu-sein-wir-muessen-antirassisten-sein/25920376.htm

Berichterstattung über Sinti_ze und Rom_nja während der Covid-19-Pandemie

von Jovanka Möllendick und Sejnur Memiši

Der Gadjé-Rassismus ist in unserer Geschichte, seit die ersten Sinti_ze und Rom_nja vor circa 700 Jahren im deutschsprachigen Raum ankamen, tief verankert. Neben den Begriff Gadjé-Rassismus, gibt es noch den Begriff Antiziganismus, der sich wissenschaftlich mit den gewissen Stereotypen, Klischees und Bildern befasst. Der diskriminierende und rassistische Begriff, der bis heute noch bei Lebensmitteln, wie Soßen und Schnitzeln, verwendet wird, ruft gewisse gesellschaftlich weit verbreitete Bilder im Kopf, die mit der Minderheit der Sinti_ze und Rom_nja assoziiert werden. Diese Stereotype und Bilder stimmen nicht mit der Minderheit überein, da die Community divers ist. Der Begriff Antiziganismus wird wissenschaftlich genutzt, um Stereotype zu beschreiben und zu dekonstruieren. Dennoch wollen wir den Begriff Antiziganismus aus zwei Gründen nicht mehr benutzen:

1. Es befindet sich das Wort „Zigani“ im Antiziganismus – wir wollen damit keine rassistische Sprache reproduzieren.
2. Wie der rassistische Begriff, entstand das Wort Antiziganismus in den 1980er Jahren als Fremdbezeichnung und wurde von Wissenschaftler_innen verwendet, die nicht der Minderheit angehören.¹

Aus diesem Grund nutzen wir als Netzwerk für Demokratie und Courage den Begriff Gadjé-Rassismus. Das Wort „Gadjé“ kommt aus dem Romanes und steht für Angehörige der Mehrheitsgesellschaft, die nicht der Minderheit der Sinti_ze und Rom_nja angehören. Gadjé ist die Pluralform. Es gibt noch die weibliche Form „Gadji“ und die männliche Form „Gadjo“.

Die Idee dahinter ist, den Rassismus zu benennen, der von der Mehrheitsgesellschaft ausgeht, deswegen Gadjé-Rassismus. Neben dem Alltagsrassismus gibt es den Gadjé-Rassismus seit 700



Jahren in unzähligen Formen. Als Angehöriger der Minderheit der Sinti_ze und Rom_nja bemerke ich zwei Formen, die direkte und indirekte Form des Gadjé-Rassismus. Bei der direkten Form wird einfach der rassistische Begriff offen genutzt und dient auch als eine direkte Beleidigung. Bei der indirekten Form werden Stereotype, Bilder und Klischees reproduziert, ohne gewisse rassistische Begriffe zu nutzen. Gadjé-Rassismus finden wir in der Literatur, Popkultur, in Filmen und Medien, etc.

Ein Beispiel für direkten Gadjé-Rassismus ist etwa das Buch „«Zigeuner». Begegnungen mit einem ungeliebten Volk“ von Rolf Bauerdick.²

Für die indirekte Form lassen sich vor allem in der Kinder- und Jugendliteratur viele Beispiele finden, in denen Stereotype romantisiert werden. Unter anderem in den Hörbüchern der „Bibi und Tina“-Reihe, in denen z. B. mit der Rolle der Esmeralda Stereotype reproduziert werden.

Wenn Zeitungen, Nachrichtensendungen und ähnliche Berichterstattungen über Sinti_ze und Rom_nja veröffentlichen, werden meistens rassistische Stereotype, Klischees und Bilder genutzt und reproduziert. Aber auch in der Umgangssprache gibt es immer wieder gadjé-rassistische Aussagen.

¹ <https://www.bpb.de/apuz/33277/bilder-und-sinnstruktur-des-antiziganismus?p=1>

² Bei dem Begriff handelt es sich um eine rassistische Fremdbezeichnung. Der Begriff wird an dieser Stelle genutzt, da er Teil eines Buchtitels ist. Der Begriff wird in Anführungszeichen gesetzt, um die Distanzierung von diesem Begriff und seiner Verwendung zu verdeutlichen.

Beispielsweise nutzten Eltern früher, um ihre Kinder einzuschüchtern, damit diese nicht lange draußen bleiben, den Satz: „Mein Kind bleib nicht zu lange draußen, sonst kommen die «Zigeuner», um dich zu stehlen.“

Die Geschichte zeigt, dass in Krisensituationen Menschen noch empfänglicher für diskriminierende und ausgrenzende Einstellungen sind. Der bereits verbreitete und in vielen Teilen der Gesellschaft akzeptierte Antisemitismus des 19. Jahrhunderts fand im Nachgang des Ersten Weltkrieges neuen Zulauf. In Verbindung mit der Weltwirtschaftskrise wurden Menschen empfänglicher für antisemitische Hetze, die Jüdinnen_Juden die Verantwortung zuschrieb.

Jüdinnen_Juden wurden zu Schuldigen für ein gescheitertes Wirtschaftssystem erklärt. Mit der Zeit begannen die Hetzen. Seinen furchtbaren Höhepunkt fand der Antisemitismus im Nationalsozialismus. Die Funktion des_der Schuldigen wurde und wird aber nicht nur Jüdinnen_Juden zugeschrieben. Auch Minderheiten wie die Sinti_ze und Rom_nja wurde und wird regelmäßig dieser Rolle zugewiesen. Dies geschieht auch während der Covid19-Pandemie, was wir jetzt anhand von ein paar Beispielen erörtern wollen. Ganz aktuell beobachten wir zunehmend, dass Ideologien der Ungleichwertigkeit im Rahmen der Covid19-Pandemie verstärkt auftreten. In diesem Text wird der Fokus auf gadjé-rassistische Berichterstattungen im deutschsprachigen Raum gelegt.

Eine globale Pandemie

2020 – wir befinden uns mitten in einer globalen Pandemie. Eine Zeit in der die Menschen ihre schönsten Tugenden zeigen: Rücksichtnahme, Hilfe und Solidarität. Jeder Mensch soll gleich viel vor der Pandemie geschützt werden, vor allem jedoch die Risikogruppen. Dieses Bild wurde Anfang 2020 gezeigt und verbreitet. Doch es gibt noch ein anderes Bild, eine andere Seite.

Zwei Fälle sollen dafür exemplarisch aufgezeigt werden, die im Sommer 2020 eine große mediale Aufmerksamkeit erregten.

Es geht um die Wohnblocks in Neukölln (Berlin) und Göttingen (Niedersachsen). Hier besitzen die Menschen nicht viel Geld und sind zum Teil auch auf Sozialhilfen angewiesen, was bedeutet, dass die Wohnungen kleiner sind. Das führt dazu, dass viele Menschen auf engem Raum zusammenleben müssen. Leben mehr Menschen auf engstem Raum zusammen kann sich der Corona-Virus schneller verbreiten als z. B. auf dem Land, wo die Menschen meist in ihren eigenen Häusern leben mit Garten und einem Zaun um das eigene Grundstück. So war es auch in Göttingen und in Neukölln. Doch im Fokus von Verwaltung, Handeln und medialer Berichterstattung stand nicht der Corona-Virus und die Lebensbedingungen, die befördernd für die Ausbreitung des Virus sind, sondern die Bewohner_innen mitsamt gadjé-rassistischer Zuschreibungen.

Neukölln, 15. Juni 2020 – ganze Wohnblocks werden in Berlin unter Quarantäne gestellt. Die Lage ist unübersichtlich, niemand kann aktuell sagen, wie die Infektionskette weitergehen wird oder wie viele Menschen tatsächlich an Corona erkrankt sind. Es stehen Massentests und Massenquarantäne für alle Bewohner_innen an. Doch die Presse scheint ihre Schuldigen schon gefunden zu haben:

„Viele der Infizierten [...] haben einen rumänischen Hintergrund“ – Tagesspiegel (16.06.2020).

„Was sie gemeinsam haben: einen hohen Anteil rumänischer Bewohner“ – Bild (15.06.2020).

„Dort leben überwiegend Roma-Familien“ – Morgenpost (16.06.2020).

Nicht die Eindämmung der Verbreitung des Virus und der Umgang mit dieser herausfordernden Situation standen im Vordergrund, sondern Schuldzuweisungen an die Bewohner_innen.

Die Mehrheitsgesellschaft sowie Zeitungen im deutschsprachigen Raum verwenden mittlerweile die Begriffe „Sinti_ze“ und „Rom_nja“ oder Umschreibungen wie „rumänischer Hintergrund“ als Ersatz zum diskriminierenden Begriff, der zu Beginn thematisiert wurde. Damit wurde die Schuldfrage augenscheinlich geklärt und eine historische Argumentationsweise verwendet: die Schuldigen kommen nicht aus der eigenen konstruierten „Wir-Gruppe“ sondern aus der Gruppe der Menschen, die zu „den Anderen“ gemacht wurde.

Das Narrativ der eigenen „sauberen, ordentlichen und gesunden Eigengruppe“ im Gegensatz zu der „dreckigen, chaotischen, armen und kranken Fremdgruppe“ das seit Jahrhunderten Teil rassistischer Stereotype ist, wurde erneut abgerufen. Zudem wird die „Fremdgruppe“ als „unverantwortlich und fahrlässig“ dargestellt, alle negativen Attribute werden also ihnen zugeschrieben.³



Im Falle des Wohnkomplexes in Göttingen (siehe Abbildung) konnte ähnliches beobachtet werden. Die Stadt Göttingen berichtet gegenüber der Presse, dass Bewohner_innen des Wohnkomplexes sich nicht auf das Corona-Virus testen lassen wollten und so grob fahrlässig und unverantwortlich handelten. Laut eines Online-Artikels der Tageszeitung neues deutschland (Wie kam es zum Co-

rona-Ausbruch, 07.06.2020) standen demgegenüber Aussagen der betroffenen Bewohner_innen, die gegenteiliges berichteten: Am 25. Mai wurde ein älteres Mitglied einer dort wohnenden Familie positiv auf Corona getestet. Die Angehörigen wollten sich nun ebenfalls testen lassen, doch das Krankenhaus untersagte ihnen die Testungen – da kein Familienmitglied Symptome aufwies. Der Mann wurde zur häuslichen Quarantäne aus dem Krankenhaus entlassen.

Derselbe Artikel schildert wie spätere Presseberichte, diese Familie verantwortlich für die Verbreitung des Corona-Virus durch eine private Familienfeier gemacht wurde. Diese angebliche Familienfeier im Wohnkomplex hatte jedoch dort nicht stattgefunden, da die Familie eine schriftliche Erlaubnis des Ordnungsamts hatte, in der nahegelegenen Moschee das Zuckerfest zu feiern. Der Bundes Roma Verband berichtete, dass nur „dort hat eine Zusammenkunft mehrerer Personen unter Einhaltung der Abstands- und Hygieneregeln stattgefunden hatte und es keine weiteren Feierlichkeiten gab.“ Doch statt Verständnis, Freundschaft und Solidarität zu fördern hat die Presse nur die folgende Antwort: „*Massen-Infektion nach Familienfeiern mehrerer arabisch-albanischer Clans*“, schrieb die „Bild“-Zeitung am 04.06.2020⁴, „*Die Stimmung ist gereizt.*“

Mit der Erreichung dieses Höhepunkts, findet auch Gadjé-Rassismus in der Berichterstattung einen vorläufigen Höhepunkt. Die Beispiele in den Wohnkomplexen in Göttingen und Neukölln zeigen auch die systematisch unterschiedlichen Wertungen der Infektionsorte. Die Corona-Infizierten aus den Après-Ski-Hütten wurden als Opfer der äußeren Umstände gewertet. Im Gegensatz dazu, werden die Mieter_innen eines Wohnkomplexes zu den Schuldigen.

³ Dabei ist zu betonen, dass es sich um ein Konstrukt handelt. Denn Sinti_ze und Rom_nja leben seit 700 Jahren im deutschsprachigen Raum, sind Teil dieser Gesellschaft und alles andere als fremd.

⁴ **Sievering, Stefan:** Aufruhr im Corona-Block in Göttingen www.bild.de/bild-plus/regional/hannover/hannover-aktuell/60-bewohner-sind-infiziert-aufruhr-im-corona-block-in-goettingen-71043834.view=conversionToLogin.bild.html

(Gadjé-)Rassismus tötet

Rassismus, und im konkreten Fall Gadjé-Rassismus ist keine politische Einstellung, die sich nur bei politisch Rechten Menschen finden lässt, sondern ein gesamtgesellschaftliches Problem, welches auf drei Ebenen wirkt: individuell, strukturell und institutionell. Auch bei dem Beispiel in Göttingen lassen sich alle diese drei Ebenen gleichzeitig wirkend finden. Eine Frau äußert die rassistischen Beleidigungen „kriminell und asozial“ gegenüber den medial als Täter_innen inszenierten Bewohner_innen.

Mit nur diesem Beispiel verzahnen sich alle drei Ebenen: individuell wirkt die rassistische Beleidigung, strukturell die unreflektierte Ausstrahlung der rassistischen Beleidigung durch die journalistischen Medien und institutionell die stille gesellschaftliche Übereinstimmung, dass „die halt alle so sind“. Festgehalten werden kann, dass Gadjé-Rassismus ein gesamtgesellschaftliches Problem ist, das nicht nur – wie im Beispiel Göttingen und Neukölln – stereotype Bilder hervorruft, sondern auch Gewalt.

Eine Gewalt, die sich in unterschiedlichen Ausprägungen auf allen Ebenen im Leben von Sinti_ze, Rom_nja sowie andere Menschen, die von der Mehrheitsgesellschaft mit dem bereits thematisierten diskriminierenden Begriff abgestempelt werden.

Hanau, 19. Februar 2020 gegen 22 Uhr. Menschen verbringen ihren Feierabend in einer Shishabar und wollen sich noch eine Kleinigkeit im Kiosk besorgen – doch neun Menschen sollten die nächsten 12 Minuten nicht überleben. 12 Minuten reichten dem extrem rechten Terroristen aus, um das Leben sehr vieler Menschen unwiederbringlich zu beenden und zu zerstören. Wir erinnern und gedenken den Opfern aus Hanau: Ferhat Unvar, Mercedes Kierpacz, Sedat Gürbüç, Gökhan Gültekin, Hamza Kurtovic, Kaloyan Velkov, Vili Viorel Paun, Said Nesar Hashemi und Fatih Saraçoğlu. Das war Mord!

Wieso wird der rassistische Anschlag in Hanau in einem Text über Gadjé-Rassismus während der Covid19-Pandemie erwähnt? Die „Initiative 19. Februar“ plante sechs Monate nach dem Anschlag eine Demonstration zum Gedenken an die Opfer von Hanau, wochenlang setzten sie sich intensiv mit einem der Lage angebrachten und sicheren Hygiene- und Abstandskonzept auseinander, welches auch durch die Stadt bewilligt wurde. Einen Tag vor der Gedenkveranstaltung wurde diese durch die Stadt Hanau untersagt, die „Initiative 19. Februar“ teilte dies über einen Post auf ihrer gleichnamigen Facebookseite mit und erklärte darin, dass sie traurig über diese Entscheidung seien, sich dieser jedoch fügen würden. Unverständlich erscheint aufgrund dieser Entscheidung, die erlaubte Großdemonstration von Verschwörungstheoretiker_innen, Corona-Leugner_innen und Rechten, die am 29. August 2020 in Berlin stattfinden durfte – mit dem Ergebnis, dass die Treppen des Reichstages kurzfristig besetzt wurden und sich niemand in irgendeiner Form an Hygiene- und Abstandsregeln hielt.

Anhand dieser beiden Entscheidungen ist zu sehen, dass der Staat doppelte Standards bei dem Recht auf Demonstration und dem Wunsch nach Gedenken legt. BIPOCs im deutschsprachigen Raum werden fundamentale Grundrechte abgesprochen, welche der weißen Mehrheitsgesellschaft zugesprochen werden.

Vili Viorel Paun, Mercedes Kierpacz und Kaloyan Velkov waren Angehörige der nationalen Minderheit der Sinti_ze und Rom_nja, wurde in der medialen Berichterstattung aber als diese unsichtbar gemacht – stattdessen wurden die Opfer als „Türk_innen“ oder „Muslim_a“ bezeichnet. Damit bestätigen die Medien die gesellschaftlichen Bilder und führen diese fort. Die Lehre aus dem rechtsterroristischen Anschlag in Hanau sollte sein, dass Rassismus nicht mit dem Morden anfängt, sondern damit, wie die Menschen in einer Gesellschaft über bestimmte Gruppen reden und denken. Gewalt und Mord sind Ausdruck rassistischer Verhältnisse und resultieren aus diesen.

Literatur

Antidiskriminierungsstelle des Bundes: Gleiche Chancen. Immer.
www.antidiskriminierungsstelle.de/DE/ThemenUndForschung/Ethnische_Herkunft/Themenjahr_2014/fragen_antworten_Sinti_Roma/faq_Sinti_und_Roma_node.html

Betschka, Julius: Neuköllner Wohnblock steht unter Quarantäne.
www.tagesspiegel.de/berlin/neues-vorgehen-gegen-corona-ausbrueche-neukoellner-wohnblock-steht-unter-quarantaene/25918494.html

Bruns, Hildburg: In Berlin dürfen hunderte Mieter das Haus nicht verlassen.
www.bild.de/regional/berlin/berlin-aktuell/corona-quarantaene-hunderte-mieter-duerfen-ihre-haeuser-nicht-verlassen-71268410.bild.html

Haberstumpf, Sibille: Corona-Ausbruch: Wohnblock in Neukölln unter Quarantäne.
www.morgenpost.de/bezirke/neukoelln/article229319756/Neukoellner-Wohnblock-wegen-54-Corona-Faellen-unter-Quarantaene.html

Reimar, Paul: Roma erheben Vorwürfe gegen die Stadt – hat es die Familienfeiern nie gegeben?
www.tagesspiegel.de/gesellschaft/corona-grossausbruch-in-goettingen-roma-erheben-vorwuerfe-gegen-die-stadt-hat-es-die-familienfeiern-nie-gegeben/25892824.html

Reimar, Paul: Wie kam es zum Corona-Ausbruch?
<https://www.neues-deutschland.de/artikel/1137586.corona-in-deutschland-wie-kam-es-zum-corona-ausbruch.html>

Heine, Hannes: Was der Corona-Ausbruch in der Stadt über soziale Spaltung verrät.
www.tagesspiegel.de/themen/reportage/die-elen-den-von-goettingen-was-der-corona-ausbruch-in-der-stadt-ueber-soziale-spaltung-verra-et/25905638.html

Jamal, Julius: Doppelte Standards: Coronademos dürfen laufen – Opfer von Rassismus nicht.
<https://diefreiheitsliebe.de/politik/doppelte-standards-coronademos-duerfen-laufen-opfer-von-rassismus-nicht/>

Fast 40.000 Menschen bei Corona-Demos – Sperren am Reichstag durchbrochen
www.rbb24.de/politik/thema/2020/coronavirus/beitraege_neu/2020/08/demonstrationen-samstag-corona-querdenken-gegendemos.html



Corona und Sexismus

von *Liliane Meyer und Jonathan Topf*

Bei den Auswirkungen der Covid19-Pandemie auf die Gesellschaft bringen sexistische Rollenbilder und struktureller Sexismus eine Benachteiligung von Frauen¹ auf verschiedensten Ebenen mit sich. In weiten Teilen der Gesellschaft führt der Umgang mit der neuen Situation zu Rückschritten bei vermeintlichen Errungenschaften in der Gleichberechtigung der Geschlechter und bereits bestehende Probleme werden in der Krise sichtbar und verstärkt.

Zuhause bleiben, wenn das Zuhause nicht sicher ist

Die Pandemie bringt aufgrund von Kontaktbeschränkungen, Quarantänemaßnahmen und der Verlagerung von Arbeit ins Homeoffice für große Teile der Gesellschaft einen Rückzug ins Private, hier vor allem das eigene Zuhause, mit sich. Die wohl offensichtlichsten negativen Auswirkungen hiervon erleben Opfer häuslicher Gewalt. Das „Zuhausebleiben“ bedeutet für die Betroffenen, fast ausschließlich Frauen und Kinder, ständig der Gefahr von Übergriffen ausgesetzt zu sein. Der eingeschränkte Kontakt nach außen macht die Gewalt unsichtbarer. Dies geschieht, indem weder in Schule, Arbeit noch durch Freund_innen die Folgen von Übergriffen bemerkt werden können und sich die Inanspruchnahme von Hilfe in Isolation schwieriger gestaltet. Die repräsentative Studie „Gewalt an Frauen und Kindern in Deutschland während der Covid19-bedingen Aus-

gangsbeschränkungen“ der TU München unter der Leitung von Prof. Dr. Janina Steinert und Dr. Cara Ebert zeigt, dass verschiedene, durch die derzeitige Situation bedingte Faktoren die Gewaltbereitschaft von Täter_innen erhöhen. Das Risiko für Frauen oder ihre Kinder, Opfer psychischer oder physischer Gewalt durch den_die Partner_in zu werden, steigt mit Arbeitsplatzverlusten oder Kurzarbeit, mit wachsenden finanziellen Sorgen und bei schlechterer psychischer Gesundheit in der Familie an. Insbesondere Frauen in Heimquarantäne waren deutlich häufiger betroffen. Die bereits vor der Pandemie überlasteten Hilfsangebote, wie beispielsweise Frauenhäuser, können bei steigenden Betroffenenzahlen und gleichzeitigen Einschränkungen durch den Infektionsschutz die Opfer nicht ansatzweise ausreichend unterstützen.

Care-Arbeit bleibt Frauensache

Doch nicht nur für Frauen, die Gewalt durch ihre Partner_innen erleben, ist der Rückzug ins Private oft problematisch. Im stereotypen traditionellen Bild der Frau ist sie diejenige, die sich um Haushalt, Kinder und pflegebedürftige Angehörige kümmert – die sogenannte „Care-Arbeit“ übernimmt. Mit dem Wegfall der Betreuungsangebote und der Verlagerung des Alltags in das Zuhause, scheint es einen Rückfall in diese veralteten Rollenbilder zu geben. In einer großen Onlineumfrage im Rahmen der Studie „Kinder, Eltern und ihre Erfahrungen während der Corona-Pandemie“ untersuchten Forscher_innen mehrerer Universitäten, wie Familien mit jungen Kindern die Zeit, während fast alle Betreuungsangebote geschlossen waren, erlebten.

¹ Mit Frauen meinen wir alle Personen, die aufgrund vergeschlechtlicher Rollenzuschreibung als Frauen wahrgenommen werden sowie Personen, die sich selbst als Frauen identifizieren.

Besonders Mütter schilderten, dass sie früh morgens und spät am Abend im Homeoffice arbeiteten und gleichzeitig tagsüber Care-Arbeit leisten mussten. Dies führt zu entsprechenden Überlastungs- und Stresssituationen sowie zu großer Frustration. Vor allem die Tatsache, dass diese Doppelbelastung von Frauen durch ihre Partner_innen und Gesellschaft nicht gesehen oder anerkannt wird, ist für viele enttäuschend. Trotz Errungenschaften in der Aufteilung von unbezahlter Reproduktionsarbeit scheint es in weiten Teilen der Gesellschaft weiterhin als Selbstverständlichkeit, dass Frauen die Aufgaben des Sich-Kümmerns übernehmen, vor allem wenn die öffentliche Unterstützung wegfällt. Die sexistische Annahme, Frauen würden dies gerne tun oder ihnen würde es besser liegen, führt dazu, dass die durch Covid19 ausgelöste Zusatzlast in Haushalt, Betreuung und Erziehung zu großen Teilen von Frauen getragen wird.

Systemrelevant und unterbezahlt

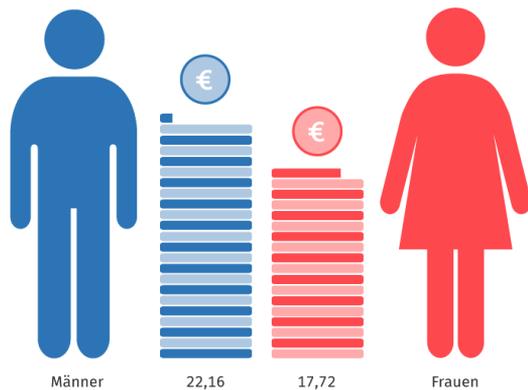
Die veralteten Rollenbilder von der sich kümmernden Frau haben nicht nur Einfluss auf die Aufteilung der im Privaten anfallenden, unbezahlten Care-Arbeit. Auch in sogenannten Care-Berufen (z.B. Kranken- und Altenpflege) arbeiten laut Statistischem Bundesamt zu 76% Frauen (Stand: 2019). Die Arbeit ist körperlich und emotional anstrengend, unterbezahlt und aufgrund von steigender Privatisierung und andauernden Einsparungsmaßnahmen mit enormem Stress verbunden. Gleichzeitig wird der Kampf vieler Angestellter für bessere Arbeitsbedingungen und gerechte Löhne seit Jahren weitestgehend von Arbeitgeber_innen und Politik ignoriert.

In der Pandemie haben sich die vorher schon oft unzumutbaren Arbeitsbedingungen noch verschärft und wurden zusätzlich um ein hohes Infektionsrisiko erweitert. So ist laut Robert Koch-Institut die Zahl der Covid19-Fälle unter Beschäftigten in Medizin und Pflege am höchsten (Stand: 16.10.2020).

Der Deutsche Frauenrat stellte in seinen Forderungen für Würde in der Pflege und Gesundheitsversorgung (erschiene am 30.06.2020) fest, dass zu Beginn der Pandemie Schutzkleidung nicht ausreichend vorhanden war und einige frauendominierte Berufsgruppen im ambulanten medizinischen Bereich, wie Pflegedienste und Hebammen, im Rechtsanspruch auf und der Bedarfsplanung von Schutzkleidung komplett übergangen wurden.

Trotz dieser Umstände haben die Beschäftigten in Medizin und Pflege in dieser Krise enorm wertvolle Arbeit geleistet und wurden von vielen als „Held_innen“ beklatscht. Gemeinsam mit anderen sogenannten systemrelevanten Berufen, wie beispielsweise Supermarktangestellten, Reinigungsfachkräften oder Betreuer_innen in der Kindernotbetreuung, wurden sie für ihren Einsatz von Öffentlichkeit und Politik mit Dankesbekundungen überschüttet. In diesen Berufen sind ebenfalls zu einem Großteil Frauen beschäftigt. Sie halten das System am Laufen, sie kümmern sich. Von als weiblich gelesenen Personen wird erwartet, dies gerne zu tun – im stereotypen traditionellen Rollenbild der Frau ist Fürsorge sinnstiftend.

Diese sexistische Annahme führt dazu, dass es bei Danksagungen bleibt und politische Forderungen nach fairen Arbeitsverhältnissen auf der Strecke bleiben. So wurde die vom Bundesgesundheitsministerium versprochene Corona-Prämie von 1.500€ für Pflegekräfte nur in Teilen umgesetzt und die im Rahmen eines Gesetzes vorgeschlagenen 20.000 zusätzlichen Stellen für Pflegehilfskräfte vom Deutschen Pflegerat als viel zu kleinschrittig bewertet. Die Dankeswelle flacht ab und die seit langem ausstehende Wertschätzung für berufliche Care-Arbeit durch eine langfristig gerechte Entlohnung und bessere Arbeitsbedingungen bleibt aus. Dies schlug sich auch in den Ergebnissen der Tarifrunde des öffentlichen Dienstes nieder.



Vorläufiges Ergebnis

© Statistisches Bundesamt (Destatis), 2020

Benachteiligung von Frauen am Arbeitsmarkt

Neben der Zusatzlast an unbezahlter Care-Arbeit und der fehlenden Anerkennung für die zu großen Teilen von Frauen ausgeübten systemrelevanten Berufe, sind Frauen auch generell von den mit der Pandemie einhergehenden Entwicklungen am Arbeitsmarkt besonders betroffen.

Durch den Gender-Pay-Gap verdienen Frauen schon vorher im Schnitt 20% weniger und ihre Stellung auf dem Arbeitsmarkt ist durch weniger Führungspositionen, mehr Teilzeitbeschäftigung und Arbeit im Niedriglohnsektor schlechter als die von männlich gelesenen Personen. Entlassungen und Kurzarbeit treffen sie somit oft härter. So reichen beispielsweise Lohnersatzleistungen bei Teilzeitbeschäftigten oft kaum zur Existenzsicherung. Ausschließlich geringfügig Beschäftigte, von denen knapp zwei Drittel Frauen sind, erhalten kein Kurzarbeiter_innengeld und keinen Anspruch auf Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung.

Dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung zufolge sind einige frauendominierte Branchen, wie das Gastgewerbe, der Einzelhandel sowie die Unterhaltungs-, Kunst- und Kulturbranche besonders von der Krise betroffen. Mütter stehen dabei unter einer besonderen Belastung: Während nach Angaben des Statistischen Bundesamts ein Großteil der Väter in Vollzeit arbeitet, sind arbeitende Mütter mit Kindern unter 6 Jahren zu 73% in Teilzeit beschäftigt (Stand: 2019).

Zudem reduzierten sie laut der Studie „Die Corona-Krise trifft Frauen doppelt“ unter der Leitung von Bettina Kohlrausch und Aline Zucco im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung (Stand: Mai 2020) deutlich häufiger als Väter ihre Arbeitszeit aufgrund der zusätzlich anfallenden Kinderbetreuung. Sie wechselten außerdem, laut Institut für Arbeitsmarkts- und Berufsforschung (Stand: 2020) häufiger ins Homeoffice und arbeiteten öfter zu unüblichen Zeiten.

Vor allem Alleinerziehende, von denen laut Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung 90% Frauen sind (Stand: 2018), gaben in der Studie „Kinder, Eltern und ihre Erfahrungen während der Corona-Pandemie“ an, seither größere Geldsorgen zu haben. Darüber hinaus ist die Kindererziehung allein kaum zu leisten, wenn neben öffentlichen Angeboten zudem die Unterstützung durch Angehörige und Freund_innen aufgrund von Kontaktbeschränkungen wegfällt. Ebenso wird die Pflege von Angehörigen zu mehr als zwei Dritteln von Frauen übernommen. Diese müssen aufgrund wegfallender Unterstützung, durch ein vermindertes Angebot in der Kurzzeitpflege oder aus Angst vor einem erhöhten Infektionsrisiko der Pflegebedürftigen ihre Erwerbstätigkeit oft einschränken. All diese Faktoren verstärken ein bestehendes Ungleichgewicht in der Erwerbsbeteiligung und eine damit einhergehende materielle Benachteiligung von Frauen bei Einkommen, Karrierechancen und den zukünftigen Renten.

Frauen werden von Entscheidungsträger_innen nicht mitgedacht

Viele der angesprochenen Benachteiligungen resultieren daraus, dass Frauen in Entscheidungs- und Beratungsgremien unterrepräsentiert sind und somit ihre Bedürfnisse und genderspezifische Herausforderungen nicht mitgedacht werden. So gibt es beispielsweise im Corona-Kabinett der Bundesregierung keinen festen Platz für die Bundesministerin des Ministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Auch in einem Gremium der beratenden Deutschen Akademie der Wissenschaften Leopoldina, welche Empfehlungen zur schrittweisen Rückkehr in die gesellschaftliche Normalität erarbeitet hat, waren nur zwei Frauen unter 26 Wissenschaftler_innen.

Die Studien „Geschlechterverteilung in der Corona-Berichterstattung im deutschen Fernsehen“ unter der Leitung von Prof. Dr. Elizabeth Prommer und Julia Stüwe M.A. und „Geschlechterverteilung in der Corona-Berichterstattung in Online-Auftritten deutscher Printmedien“ von Max Berggren im Auftrag der MaLisa Stiftung zeigen zudem, dass weibliche Expert_innen in Medien deutlich seltener zu Wort kommen (Stand: 2020).

So ist in TV-Formaten nur jede fünfte Expert_in eine Frau und in Online-Artikeln deutscher Printmedien werden nur zu 7% Frauen als Expert_innen zitiert. Dieses enorme Ungleichgewicht besteht auch bei Expert_innen aus Bereichen, in denen fast die Hälfte aller Erwerbstätigen Frauen sind, wie beispielsweise bei Ärzt_innen ohne Leitungsfunktion oder Angestellten aus den Bereichen Virologie, Epidemiologie und Mikrobiologie. Zu den Themenbereichen Medizin und Pflege wurden nur 17% Frauen interviewt, obwohl diese hier überrepräsentiert sind. Wenn in Politik und Medien männlich wahrgenommene Menschen die Diskussion um den Umgang mit Covid19 dominieren, ist es nicht verwunderlich, dass die Positionen von weiblich wahrgenommenen Menschen nicht das gleiche Gehör finden und sich das über viele gesellschaftliche Ebenen hinweg widerspiegelt.

Zusammengefasst lässt sich sagen, dass durch die Covid19-Pandemie der Sexismus in unserer Gesellschaft an vielen Stellen noch einmal deutlicher sichtbar geworden ist. Somit ist es an der Zeit, diesen Problemen endlich geschlossen entgegenzutreten.

Literatur

Steinert, Janina/ Ebert, Cara: Gewalt an Frauen und Kindern in Deutschland während COVID-19-bedingten Ausgangsbeschränkungen. www.hfp.tum.de/globalhealth/forschung/covid-19-and-domestic-violence/

Andresen, Sabine u.a.: Kinder, Eltern und ihre Erfahrungen während der Corona-Pandemie. Hildesheim 2020. <https://dx.doi.org/10.18442/121>

Hammerschmid, Anna/ Schmieder, Julia/ Wrohlich, Katharina: Frauen in Corona-Krise stärker am Arbeitsmarkt betroffen als Männer. In: DIW aktuell, 42, 2020. www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.789749.de/diw_aktuell_42.pdf

Kohlrausch, Bettina/ Zucco, Aline: Die Corona-Krise trifft Frauen doppelt. Weniger Erwerbseinkommen mehr Sorgearbeit. In: Policy Brief WSI, Nr.40, 2020. www.boeckler.de/pdf/p_wsi_pb_40_2020.pdf

Frodermann, Corinna u.a.: Wie Corona den Arbeitsalltag verändert hat. In: IAB-Kurzbericht der Bundesagentur für Arbeit, Nr. 13, 2020. <http://doku.iab.de/kurzber/2020/kb1320.pdf>

Prommer, Elizabeth/ Stüwe, Julia/ Berggren, Max: „Wer wird gefragt? Geschlechtererteilung in der Corona-Berichterstattung.“ https://malisastiftung.org/wp-content/uploads/Studie_MaLisa_Geschlechterverteilung_in_der_Corona_Berichterstattung.pdf

ver.di (Hrsg.) Stellungnahme der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft zur öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Gesundheit des Deutschen Bundestages www.bundestag.de/resource/blob/482506/b8af-cd7c5e2ed679c33b501ee4376b10/18_14_0221-2-_Gute-Arbeit-Gute-Versorgung_ver-di-data.pdf

Deutscher Frauenrat: Forderungen und Positionen der DF-Serie, Geschlechtergerecht aus der Krise! www.frauenrat.de/wp-content/uploads/2020/09/Geschlechtergerecht-aus-der-Krise-Sept.-2020.pdf

Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung: Alleinerziehend mit minderjährigen Kindern nach Geschlecht www.bib.bund.de/DE/Fakten/Fakt/L31-Alleinerziehende-Geschlecht-ab-1996.html;jsessionid=CC32B8B0EF64A13C79A6C5455FD98728.1_cid380?nn=9994230

„Der Regen fließt eben nach unten“ – Chauvinismus und soziale Ungleichheit in der Covid-19 Pandemie¹

von *Frederic Hubert und Dennis Kundrus*

Die Corona-Pandemie hat in den vergangenen Monaten auf einem großen Teil der Erde zeitweise zum Stillstand des öffentlichen Lebens und der wirtschaftlichen Aktivität geführt. Die politischen Reaktionen auf das sich rasant verbreitende Virus und deren gesellschaftlichen Folgen zerran bestehende gesellschaftliche Ungleichheiten in das öffentliche Bewusstsein und wirken ebenso als Katalysator für sozialdarwinistisches Denken.

Die Covid19-Pandemie hat im Jahr 2020 die Welt erschüttert. Während sich die Verbreitung der Epidemien der letzten Jahre, wie Ebola oder SARS-I, auf wenige Länder begrenzte, beziehungsweise den Westen und den globalen Norden verschonten, sehen sich nun nahezu alle Gesellschaften mit der neuen Pandemie konfrontiert. Regierungen auf der ganzen Welt reagierten teils mit einschneidenden Beschränkungen des Alltags. Mit der in Deutschland angewandten Eindämmungsstrategie „flatten the curve“ (Infektionskurve abflachen) wird versucht, die Infektionszahlen so niedrig zu halten, dass ein Kollaps des Gesundheitssystems und ein damit verbundenes selektives Sterbenlassen in sogenannten Triage-Verfahren in großen Maß vermieden werden kann. Die Begriffe der „Solidarität“, des „Zusammenhalts“ und der „Rücksichtnahme“ wurden vielfach angeführt, um für die staatlich angeordneten Kontakt- und Ausgangsbeschränkungen gesellschaftliche Akzeptanz zu generieren. Doch der im Vergleich zu anderen Ländern leichte „Lockdown“ des deutschen Krisenmanagements offenbarte eine Vielzahl gesellschaftlicher Ungleichheiten und führte zu schweren sozialen Verwerfungen, von denen manche direkt sichtbar wurden, manche jedoch erst im weiteren Verlauf der ökonomischen Krise und Rezession erkennbar werden.

Die oft bemühte Phrase, dass vor dem Virus alle gleich seien, ist nach neueren wissenschaftlichen

Erkenntnissen weder in Bezug auf die Infektiosität, auf das Risiko sich anzustecken, noch auf den Verlauf der Krankheit richtig. Vielmehr vergisst sie, dass dieses Virus in einer bestimmten gesellschaftlichen Formation ausbricht und wütet. Die verdrängte Armut, Gewalt und das Leiden in dieser Gesellschaft wurden mit der Krisensituation plötzlich wie in einem Brennglas sichtbar. Vor allem viele Lohnabhängige, (Solo-)Selbstständige und kleinbürgerliche Existenzen stehen vor dem Aus oder blicken ungewiss in die Zukunft. Gleichzeitig kam die sozialarbeiterische und ehrenamtliche Betreuung und Abfederung der Armut, beispielsweise durch die Tafeln, zeitweise völlig zum Erliegen. Frauen², Kinder und Geflüchtete sind jeweils mit besonderer Härte betroffen. Während einige Wenige den sogenannten „Lockdown“ zur Entspannung und Entschleunigung nutzen konnten, bedeutete er für den Großteil der Bevölkerung aus unterschiedlichen Gründen eine Bedrohung der Existenz.

Corona: Ein Klassenverhältnis

In besonderem Maße gilt dies für Menschen ohne Obdach. Die zu großen Teilen privat und ehrenamtlich geleistete Abfederung des absoluten Elends durch die Einrichtungen der sogenannten Obdachlosenhilfe schlossen aus Gründen des Infektionsschutzes. Das folgende Wegbrechen fast jeglicher Unterstützung für wohnsitzlose Personen zeigte, dass der Staat de facto jegliche Versorgung auf ehrenamtliche Strukturen der Zivilgesellschaft ausgelagert hatte. Während des Lockdowns war zu sehen, dass es keine andere Versorgungsinfrastruktur gibt.

¹ zit. nach Bertolt Brecht / Ernst Busch: „Das Lied vom Klassenfeind“

² Mit Frauen meinen wir alle Personen, die aufgrund vergeschlechtlicher Rollenzuschreibung als Frauen wahrgenommen werden sowie Personen, die sich selbst als Frauen identifizieren.

Für betroffene Menschen gab es somit keine Möglichkeiten mehr, Zugang zu Lebensmitteln, Schlafräumen und sanitären Anlagen zu erhalten. Gerade auch Letzteres zeigt, dass das staatliche Krisenmanagement an den Lebensrealitäten von armen und prekären Teilen der Bevölkerung vorbeigeht. Für wohnsitzlose Menschen gab es keine Möglichkeit grundlegende Hygienevorkehrungen, wie beispielsweise Händewaschen, einzuhalten. Einzelne kostenlose Testungen für Obdachlose, wie es sie zum Beispiel in Saarbrücken gab, können unter diesem Gesamteindruck nur als wohlfeile Heuchelei verstanden werden.

In der kapitalistischen Gesellschaft steht nicht die demokratisch ausgehandelte Bedürfnisbefriedigung möglichst vieler Menschen im Vordergrund, sondern die Vermehrung von Kapital. Während in einer solidarisch eingerichteten Gesellschaft die Niederlegung der Arbeit nur in unmittelbar lebensnotwendigen Sektoren unmöglich wäre, scheint dies in der heutigen Gesellschaft nicht möglich. Die Auswirkungen dessen sind für Arbeiter_innen und Angestellte deutlich spürbar. Abstandhalten und Kontakte minimieren ist in vielen Betrieben wie auch in öffentlichen Verkehrsmitteln nicht oder kaum möglich.

Um die Nationalökonomie zu stabilisieren, gab die Bundesregierung Rettungspakete in Milliardenhöhe an große Unternehmen aus. Dies konnte im Sommer 2020 beobachtet werden: Bei Lufthansa intervenierte der Staat beispielsweise, indem er mit Steuereinnahmen Unternehmensanteile erwarb. So konnte das Unternehmen Dividenden in Milliardenhöhe auszahlen, während es gleichzeitig einem Teil der Belegschaft kündigte. Während einige Großkonzerne ohne Hürden und teils ohne Not mit Staatshilfen überschüttet wurden, gab es für kleinere Betriebe, Arbeiter_innen und erwerbslose Menschen höchstens Almosen. Millionen wurden in Kurzarbeit geschickt und hatten drastische finanzielle Einschnitte zu erleiden und konnten häufig nur durch Aufschiebung von Mietzahlungen ihre Grundbedürfnisse stillen. Viele angekündigten Hilfszahlungen stehen aus.

Auch die Kurzarbeit wird aus den Kassen der Sozialversicherung gezahlt. Auf der anderen Seite der Medaille besitzen laut den Ergebnissen der Studie „MillionärInnen unter dem Mikroskop“ des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung aus dem Frühjahr 2020 die reichsten zehn Prozent der deutschen Gesellschaft bereits jetzt über 67% des gesellschaftlichen Vermögens. Das reichste Prozent besitzt alleine schon 35% („Das obere Prozent“ in: Zeit Online, 14.07.2020). Krisen im Kapitalismus beschleunigen diesen Prozess ohne eine entgegenwirkende Post-Krisen-Strategie. Das Auseinanderklaffen der Gesellschaft in Arm und Reich wird auch durch diese Krise zementiert werden.

Armut macht krank!

Doch nicht nur von den ökonomischen Folgen der Krise sind Menschen unterschiedlich betroffen. Während die Reichen sich beruhigt in ihren Villen mit Garten zurückziehen können, gilt dies für den Großteil der Gesellschaft nicht. Die „Mannheimer Corona Studie“ (MCS) der Universität Mannheim (veröffentlicht 9. April 2020) zeigte, dass über 50% der Beschäftigten während des ersten Lockdowns angaben, normal arbeiten zu gehen. Dazu zählen nicht nur Menschen im Gesundheitssektor und den Supermärkten, sondern eben auch die Arbeiter_innen in Industriebetrieben. Der zweite Lockdown seit November richtet sich vollständig auf den privaten Bereich.

Das Lohnarbeitsverhältnis ist ebenfalls verschränkt mit anderen Formen von Unterdrückung. So drücken sich beispielsweise die extrem rassifizierten Klassenverhältnisse der US-amerikanischen Gesellschaft darin aus, dass in der ersten Hochphase des epidemischen Geschehens in den USA vor allem arme, Schwarze Menschen in Zusammenhang mit Covid19 starben. Doch da es Deutschen immer besonders leichtfällt, mit dem Finger auf die USA zu zeigen, muss erwähnt werden, dass es in Deutschland vielleicht quantitativ, jedoch nicht qualitativ anders aussieht.

Auch hier werden, gerade in der Ernte- und Fleischverarbeitungsindustrie, aber auch im Baugewerbe, jährlich hunderttausende Menschen unter widrigsten Arbeitsbedingungen ins Land geholt und unter Umgehung der eigentlich geltenden arbeitsrechtlichen Vorgaben ausgebeutet. Sorgen machte man sich in den Medien dann vor allem darum, ob der Spargel pünktlich auf dem Teller landet, jedoch nicht um die Gesundheit der Arbeiter_innen. Arbeitsmigrant_innen mit befristeten Werkverträgen werden oft abgeschotet von der Restgesellschaft, in Gruppen von bis zu 10 Personen in engen Räumen zusammengepfercht untergebracht, Pandemie hin oder her. Jene Unternehmen, welche Arbeitsrechte willentlich unterlaufen, scheren sich vermutlich nicht um den Infektionsschutz. Die Causa Tönnies rückte dies in das Blickfeld der Öffentlichkeit, als sich die Fleischfabrik in Rheda-Wiedenbrück binnen kürzester Zeit mit über 1.700 Infektionen zum bis dato größten Corona-Hotspot Deutschlands entwickelte. Im Dezember 2020 wurde ein weiterer Ausbruch, mit mehreren hundert Infektionen, bekannt. Die unwürdigen Wohn- und Arbeitsverhältnisse dieser Arbeiter_innen sind seit Jahren bekannt und fanden kaum Beachtung.

Ideologisch erhärten und begründen konnte man diese Verdrängung durch rassistische Ressentiments, welche sich in diesem Fall spezifisch gegen Süd-Osteuropäer_innen richten. Diese Rassifizierung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung hat sich jahrelang für den deutschen Standort gelohnt: Im Preiskampf der Fleischindustrie können die meisten Länder nicht mit den deutschen Unternehmen mithalten. Menschenunwürdige Verhältnisse zahlen sich eben aus. Der rumänische Erntehelfer Nicolae Bahan wurde am 11. April 2020 Opfer dieser Zustände. Er erlag einer Covid19-Erkrankung. Das Gesundheitsamt des Landkreises Breisgau-Hochschwarzwald und das Unternehmen sahen keinen Grund, ihn testen oder behandeln zu lassen.

Neben dem offensichtlichen Zusammenhang zwischen Infektionsgefahr und Arbeitsplatz legen erste Vorstudien auch eine bestehende Korrelation

zwischen Arbeitslosigkeit und schwerem Krankheitsverlauf durch Covid19 nahe. Ein Forschungsprojekt am Universitätsklinikum Düsseldorf ergab, dass gegenüber erwerbstätig Versicherten ALG I-Bezieher_innen im Untersuchungszeitraum vom 1. Januar bis zum 4. Juni 2020 eine um 18% höhere Hospitalisierungsrate hatten, bei ALG II-Bezieher_innen war diese sogar um 84% höher.

Doch nicht nur während Epidemien: Armut heißt Krankheit und eine eklatant geringere Lebenserwartung. Das Robert Koch-Institut gab 2017 nach einer Anfrage des Fernsehmagazins Panorama zur Auskunft, dass Männer, welche unterhalb der Armutsgrenze³ leben, im Schnitt 10,8 Jahre früher sterben. Bei Frauen sind es acht Jahre. Die Soziologin Silke van Dyk macht darauf aufmerksam, dass Ältere nicht nur von Natur aus immunschwächer und somit anfälliger für schwere Covid19-Verläufe sind, sondern ihr Krankheitsrisiko auch eine gesellschaftlich bedingte Komponente hat: „Gesundheitszustand und Lebenserwartung sind in Deutschland, wie in den meisten anderen Ländern auch, hochgradig klassenspezifisch verteilt.“⁴ Soziale Ursachen sind hierfür, neben dem materiellen oder kulturell erschwerten Zugang zur Gesundheitsinfrastruktur, unter anderem die Wohnverhältnisse und damit zusammenhängende gesundheitliche Vorbelastungen.

Hürden bestehen auch Corona-spezifisch bei der Testinfrastruktur oder der deutschen Corona-Warn-App, welche nur auf bestimmten Smartphones mit neueren Betriebssystemen läuft. Staatsministerin Dorothee Bähr (CSU) bemerkte auf kritische Nachfragen zu der Problematik, dass bestimmte Bevölkerungsgruppen wegen finanziellen Hürden nicht von der App profitieren können, dass „sie sich ein neues Handy kaufen sollen“.

³ Laut Zahlen des Statistischen Bundesamtes (2008) liegt die Armutsgrenze in Deutschland für einen Ein-Personen-Haushalt bei einem monatlichen Nettoeinkommen von 781 €. Für ein Paar liegt sie bei 1.171 €

⁴ Silke van Dyk, Stefanie Graefe, Tine Haubner: Das Überleben der „Anderen“: Alter in der Pandemie, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 5/2020, S.34

Der zynische soziale Chauvinismus, welcher sich in dieser Erklärung offenbart, ist kein Einzelfall. Erwerbslosigkeit und Armut sind entweder tabuisiert oder werden skandalisiert und verächtlich gemacht. Ideologisch abgesichert wird dies durch einen Chauvinismus gegen die unteren Klassen, welcher sich in letzter Konsequenz als Hass auf alles „Unproduktive“ und „Schwache“ artikuliert.

Dieser Hass wurde auch in der öffentlichen Verarbeitung der Covid-19-Pandemie in verschiedenen Formen dargeboten. Mal als dumpfes Ressentiment, mal als intellektuelles „Fragen stellen“. „Geld oder Leben“ titelte die Frankfurter Allgemeine Zeitung im März 2020. Auch der Tübinger Oberbürgermeister Boris Palmer (Bündnis 90/Die Grünen) konnte sich öffentlich (Sat.1 Frühstückfernsehen am 28.04.2020) echauffieren, dass „wir nur Menschen [retten], welche möglicherweise in einem halben Jahr ohnehin tot sind“.

„Alte und Schwache“ sollen also geopfert werden. Wofür? Das beantwortet der texanische Vize-Gouverneur Dan Patrick ganz offen, indem er dazu aufrief, dass alte Menschen ihr Leben für „die Wirtschaft“ opfern sollen. Diese Meinung vertreten auch Menschen in Europa: für den englischen Journalisten des Telegraph Jeremy Warner könne das Covid19-Virus für eine Entlastung des Rentensystem sorgen „(...) indem es unverhältnismäßig viele ältere Angehörige aus dem System stößt.“⁵ Die Vorstellung, dass eine Gesellschaft nicht dazu da sein soll, schwache Menschen zu schützen und zu unterstützen, sondern umgekehrt diese sich für die Gesellschaft opfern sollen, ist Sozialdarwinismus, welcher in der Grundstruktur unserer Gesellschaft begründet liegt.

Dies jedoch entspricht nicht unserer Vorstellung von einer Gesellschaft in der wir leben wollen. Wer eine solidarische Antwort auf Pandemie und Krise geben will, muss die Fragen, die sich mit der Pandemie aufdrängen – Fragen der Gesundheit und der Freiheit der Bevölkerung – als das

⁵ Assheuer, Thomas: Menschenopfer für den Kapitalismus. www.zeit.de/kultur/2020-04/corona-pandemie-kapitalismus-oe-konomie-menschenleben/seite-2

thematisieren, was sie in einer kapitalistischen Gesellschaft sind, nämlich Klassenfragen. Ein Anfang wäre es, die aus der antirassistischen Bewegung stammende Losung „Leave no one behind“ (niemanden zurücklassen) nicht ausschließlich für Geflüchtete, sondern auch für alle Ausgebeuteten, Unterdrückten und Marginalisierten aufzugreifen und politisch durchzusetzen.

Literatur

Dinklage, Fabian: Das obere Prozent. www.zeit.de/wirtschaft/2020-07/vermoegensverteilung-deutschland-diw-studie-ungleichheit

Möhring, Katja / Naumann, Elias / Reifenscheid, Maximiliane / G. Blom, Annelies / Wenz, Alexander / Rettig, Tobias / Lehrer, Roni / Krieger, Ulrich / Juhl, Sebastian / Friedel, Sabine / Fikel, Marina / Cornesse, Carina: Schwerpunktbericht Erwerbstätigkeit und Kinderbetreuung www.uni-mannheim.de/media/Einrichtungen/gip/Corona_Studie/2020-04-05_Schwerpunktbericht_Erwerbstaetigkeit_und_Kinderbetreuung.pdf

Nico Dragano u.a.: Higher risk of COVID-19 hospitalization for unemployed: an analysis of 1,298,416 health insured individuals in Germany, Düsseldorf, Juni 2020

„Antisemitismus ist das Gerücht über die Juden“ – Das Wiederaufleben eines uralten Phänomens

von *Carolin Hesidenz*

„Antisemitismus ist das Gerücht über die Juden“ urteilte Adorno in seinem Werk „Minima Moralia“ von 1951. Antisemitismus ist keine Erscheinung der Moderne. Er äußert sich seit über 2.000 Jahren als Diskriminierungs- und Gewaltpraxis in unterschiedlichen Ausprägungen. Dabei wurde er immer wieder verändert und den historischen Gegebenheiten angepasst. Christlichen Quellen entsprang die Behauptung, „die Juden“ hätten den Gottessohn Jesus umgebracht. Das Muster des Verrats ist bereits in der Bibel angelegt. Juden wurden beschuldigt christliche Kinder zu rauben, um deren Blut für religiöse Praktiken zu verwenden, oder die Urheber von Pestepidemien zu sein.

Nach dem Ersten Weltkrieg fand der verletzte deutsche Nationalstolz in der jüdischen Bevölkerung die angeblichen Schuldigen für den verlorenen Krieg. Daran konnten die Nationalsozialist_innen nahtlos anknüpfen. Sie erklärten Jüdinnen_Juden für alle sozialen und vor allem wirtschaftlichen Krisen verantwortlich. Mit der Machtübergabe am 30. Januar 1933 an die NSDAP wurde Antisemitismus zur Staatsdoktrin. Der bereits in der Gesellschaft weit verbreitete und unterstützte Antisemitismus wurde dadurch weiterhin befeuert. Mit Gesetzgebungen wie dem „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ (1933) und vor allem den „Nürnberger Gesetzen“ von 1935 wurde die nationalsozialistische Ideologie umgesetzt.

Die Novemberpogrome 1938 markieren einen Wechsel in den staatlichen Handlungen gegenüber der jüdischen Bevölkerung. Von diesem Zeitpunkt an wurde durch weitere Stigmatisierung, Ghettoisierung und schließlich Deportation in Konzentrations- und Vernichtungslager die Vernichtung vorbereitet und umgesetzt. Der Verpflichtung zur Zwangsarbeit, der Kennzeichnung („Judenstern“ ab September 1941) und dem Verbot der Auswanderung folgte die „Endlösung der Judenfrage“,

die als Genozid im ganzen deutschen Herrschaftsbereich die letzte Konsequenz der Ideologie des Antisemitismus bildete.

Und trotz dieser langen, gewalttätigen und zerstörerischen Geschichte ist Antisemitismus bis in die Gegenwart hoch aktuell. Viele Menschen sind der Meinung, Antisemitismus sei ausschließlich die rassistische Ausprägung, die auf den Ausschluss von oder Mord an Jüdinnen_Juden zielt. Da die daraus resultierende Shoah alle anderen Formen von Antisemitismus verblässen lässt, überrascht diese Überzeugung nicht. Hinzu kommt, dass antisemitische Äußerungen tabuisiert sind. Daher werden sie oft verklausuliert und indirekt geäußert. Meist wird die dahinterliegende antisemitische Aussage mit Andeutungen, Codes und Chiffren transportiert. Sprache, Kontext und Person beeinflussen stark, ob eine Aussage antisemitisch ist. Und hier können auch scheinbare Kleinigkeiten wirkmächtig sein

Relativierung der Shoah

Viele Menschen. Dazwischen eine Personengruppe in gestreifter Kleidung. Darauf ein Aufnäher in Sternform. „Ungeimpft“ steht darauf. Der Kontext? Die sogenannten Anti-Corona-Proteste¹. Menschen gehen auf die Straße, weil sie keine Masken tragen wollen. Weil sie nicht glauben, dass wir uns in einer Pandemie befinden, die vielen Menschen das Leben gekostet hat und noch kosten kann. Oder weil sie nicht einmal glauben, dass das SARS-CoV2 real ist. Jene, die die Maßnahmen – so milde sie auch sein mögen – für überzogen halten und sich unter einem diktatorischen Regime wähnen.

¹ „Anti-Corona-Proteste“ wird hier in Ermangelung eines präziseren Begriffs als Sammelbezeichnung genutzt für die Versammlungen eines Milieus aus Verschwörungsgläubigen, extrem Rechten, Esoteriker_innen und Menschen, die die Realität der Pandemie nicht akzeptieren wollen.



Es gibt gute Gründe, die Einschränkung von Grundrechten wie beispielsweise Versammlungsfreiheit zu kritisieren. Doch darum geht es den Demonstrierenden nicht.

Sie tragen eine Verkleidung, die der Kleidung von Häftlingen nationalsozialistischer Konzentrationslager nachempfunden ist. Damit inszenieren sie sich als von einem grausamen Regime verfolgte Gruppe. Mit dem aufgenähten Stern setzen sie sich in die Position von Jüdinnen_Juden, die Opfer unbedingter Vernichtungspolitik war. Die industrielle Vernichtung der europäischen Jüdinnen_Juden war erklärtes Ziel der Nazis. Diese Inszenierung stellt eine absurde wie perfide Relativierung der Shoah dar. Denn trotz verschiedener Einschränkungen ist das Leben dieser Menschen alles andere als vergleichbar mit der Situation von Jüdinnen_Juden im NS. Und nicht geimpft zu sein – bzw. lautstark kundzutun, sich nicht gegen SARS-CoV2 impfen lassen zu wollen – stellt keine Verfolgung dar, wie sie Jüdinnen_Juden und anderen Bevölkerungsgruppen im NS drohte.

Solche Bezüge zum historischen Nationalsozialismus werden immer wieder hergestellt. „Impfen macht frei“, „Heute Maulkorb und morgen Imp-

fen in Dachau?“ oder „Endlösung der Coronafrage: Impfstoff“ steht auf Schildern. Es bleibt aber nicht bei Verkleidungen und Schildern, auch in bejubelten Wortbeiträgen wird sich mit Opfern des NS verglichen. Auf einer Demonstration in Karlsruhe verglich ein elfjähriges Mädchen seine Situation mit der Lebensgeschichte von Anne Frank. Weil sie auf Grund der pandemiebedingten Kontaktbeschränkungen ihren Geburtstag heimlich feiern musste. Vermutlich wurde das Kind von seinen Eltern auf diesen Vergleich gebracht.

Ob die handelnden Personen sich tatsächlich in einer ähnlichen Lage wie Jüdinnen_Juden im NS sehen, spielt für den Ausdruck keine Rolle. Das Bild ist hier das Entscheidende. Der Monitoring-Bericht „Antisemitismus im Kontext der Covid-19-Pandemie“ des Bundesverbands der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus e.V. (Bundesverband RIAS) benennt dies als antisemitische Selbstviktimsierung: „Mit der Selbstinszenierung als Opfer wird die Shoah und der Nationalsozialismus verharmlost, auch die Rolle von Täter_innen und Opfern wird vertauscht – schließlich handelt es sich bei den meisten Demonstrierenden als Angehörige der deutschen Mehrheitsgesellschaft um Kinder, Enkel_innen und Urenkel_innen von Täter_innen und Zuschauer_innen im Nationalsozialismus. Diese Relativierung ist nicht nur für Überlebende und ihre Nachkommen unerträglich und verletzend, sie geht auch mit Schuldabwehr und Aggressionen gegen Jüdinnen_Juden einher.“²

Das Märchen von der Verschwörung

„No Merkel – WHO – Gates – Rothschilds und Co.“ – so reiht ein Schild die Feindbilder der Anti-Corona-Demonstrierenden auf. Angela Merkel wird als Bundeskanzlerin persönlich für die angebliche „Corona-Hysterie“ und daraus folgenden Maßnahmen verantwortlich gemacht.

² Bundesverband RIAS e. V.: Antisemitismus im Kontext der Covid-19-Pandemie. Berlin, 2020. S. 9.

Dabei unterscheidet sich ihre Rhetorik kaum von der von PEGIDA und anderen extremen Rechten. Dass die WHO, die Weltgesundheitsorganisation, ins Visier genommen wird, ist naheliegend. Sie geben immerhin Handlungsempfehlungen in Bezug auf die Eindämmung der Pandemie. Aber wie passen „Gates“ und „Rothschilds“ in diese Aufzählung?

Microsoft-Gründer Bill Gates und seine Frau Melinda Gates fördern mit ihrer Stiftung unter anderem die Impfforschung und setzten sich weltweit mit gezielten Projekten für mehr Impfungen ein. Die „Bill-und-Melinda-Gates-Stiftung“ simulierte 2019 eine weltweite Pandemie, um Gegenmaßnahmen zu evaluieren. Da das Szenario – das in der Wissenschaft bereits länger als realistisch galt – einige Parallelen zur aktuellen Pandemie aufweist, wird Gates nun unterstellt, das Virus „erfunden“ zu haben, um dann einen Impfwang durchzusetzen und daran zu verdienen. Hinzu kommt teilweise noch die Behauptung, über die Impfung sollten Mikrochips implantiert werden, um die Kontrolle über die Menschen zu erlangen. Der Name „Rothschild“ ist eine von vielen Chiffren für „den reichen Juden“ beziehungsweise die vermeintliche jüdische Macht im Finanzwesen. Wenn auch der Name Rothschild eine bedeutende Rolle in der Finanz- und Bankengeschichte spielte, so steht er weder sinnbildlich für jüdische Familiengeschichten, noch besteht ein Zusammenhang zur SARS-CoV2-Pandemie.

Im Weltbild von Verschwörungsideolog_innen gehört dies jedoch alles zusammen: Merkel und die WHO sind willfährige Instrumente, derer sich Gates und „die Rothschilds“ bedienen. Eine antisemitische Verschwörungserzählung par excellence. Diese knüpft an langlebige Legenden angeblicher jüdischer Verschwörung an. „Die Protokolle der Weisen von Zion“, eine Fälschung des russischen Geheimdienstes aus dem Anfang des 20. Jahrhunderts, stellen den Prototyp moderner Verschwörungsideologien dar. Diese Protokolle geben vor, geheime Mitschriften und Unterlagen von Treffen jüdischer Weltverschwörer_innen zu sein.

Obwohl diese unter anderem bereits 1935 als Fälschung entlarvt wurden, werden diese noch heute von Antisemit_innen und Verschwörungsideolog_innen als authentisch angesehen. In vielen Verschwörungserzählungen finden sich alte antisemitische Stereotype, auch wenn Jüdinnen_Juden nicht explizit benannt werden.



Die benannten antisemitischen Chiffren lassen sich immer wieder in den Verlautbarungen von Anti-Corona-Demonstrierenden finden. Auch in Redebeiträgen geht es immer mal um „die Rothschilds“ oder auch „die Zionisten“. Oder auch um Georg Soros, einen jüdischen, aus Ungarn stammenden und in den USA lebenden Millionär. Viktor Orbán erklärte seinen ehemaligen Unterstützer vor fünf Jahren zum ungarischen Staatsfeind. Soros soll eine großangelegte Verschwörung aufgebaut haben mit dem Ziel Orbán zu stürzen. Er soll unter anderem Nichtregierungsorganisationen, Journalist_innen, aber auch die Europäische Union und die Vereinten Nationen in diese Verschwörung einbezogen haben. Aktuell wird diese Erzählung durch die Corona-Pandemie befeuert. Denn auch internationale Kritik an den Maßnahmen Ungarns geht laut der ungarischen Regierung auf Soros zurück. Es wird immer wieder versucht über Menschen, die nicht in die eigene Weltanschauung passen, Verschwörungsmymen zu verbreiten. So suchte eine nicht unerhebliche Anzahl von Nutzer_innen u.a. bei Google nach Informationen, ob der Virologe Christian Drosten Jude sei.

Er steht in diesen Kreisen, wie auch die Bundeskanzlerin im Verdacht, eigentlich – „heimlich“ – jüdisch zu sein.³



Die Pandemie bietet einen fruchtbaren Boden für antisemitische Verschwörungsmymen. Es handelt sich um eine abstrakte und schwer greifbare Gefahr, über die Wissenschaft, Politik und Gesellschaft vieles noch nicht sicher wissen. Es handelt sich hierbei um einen laufenden Lernprozess, welches der beste Umgang ist. Zugleich sind die Konsequenzen der Pandemie direkt spürbar, wenn Menschen im Umfeld krank werden und Kontaktbeschränkungen zur Eindämmung gelten. Damit haben sie konkrete Auswirkungen auf alle Menschen. Solche Krisen werden seit Jahrhunderten antisemitisch aufgeladen. Bereits während der Pest-Epidemie, die vor allem Mitte des 14. Jahrhunderts in Europa wütete, wurden vor allem Jüdinnen_Juden für die Ausbreitung verantwortlich gemacht. Besonders verbreitet war die Überzeugung, dass die jüdische Bevölkerung Brunnen vergiftet hätte. Diese Überzeugung führte zu gewaltsamen Pogromen gegen die angeblich Schuldigen.

Jüdinnen_Juden sind in der Vorstellung von Verschwörungsgläubigen sowohl Verursacher_innen der Pandemie wie deren Profiteur_innen. Daher bleibt es nicht nur bei mal mehr mal weniger deutlichen Anspielungen und Hetze auf Demons-

³ <https://www.juedische-allgemeine.de/politik/boese-maechte/>

trationen, in Gruppen des Messenger-Dienstes Telegram und anderen Sozialen Medien. Auch im Alltag erleben Jüdinnen_Juden Antisemitismus in der Corona-Variante. Durch die im Frühling 2020 geltenden Kontaktbeschränkungen verlagerte sich natürlich auch das jüdische Leben in Deutschland zunehmend in den digitalen Raum. Veranstaltungen – unter anderem Gottesdienste und Vorträge – wurden gezielt Opfer von antisemitischen Übergriffen. Bei einem Gottesdienst am 20. April störten acht bis zehn Personen das auf einer Videokonferenzplattform abgehaltene Gebet. Der Gottesdienst hatte noch nicht begonnen, als sich die Störenden – einige mit dem Usernamen „Hitler“ – in die Konferenz einwählten und auf Englisch fragten, ob es sich bei den Betroffenen um Jüdinnen_Juden handle.

Die aus der Pandemie entstandene Krise bietet vielen Menschen insbesondere wegen der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Auswirkungen Gelegenheit, sich antisemitisch zu äußern. Besonders im Rahmen der Proteste gegen die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie wurden auf fast allen Demonstrationen im Bundesgebiet antisemitische Verschwörungserzählungen und Relativierungen geäußert, von denen hier nur ein Bruchteil beschrieben werden kann.

Literatur

Bundesverband RIAS e. V.: Antisemitismus im Kontext der Covid-19-Pandemie.
https://report-antisemitism.de/documents/2020-09-08_Rias-bund_Antisemitismus_im_Kontext_von_covid-19.pdf

Hasselbach, Christoph: Sophie Scholl und Anne Frank: Was haben NS-Opfer mit Corona zu tun?
<https://www.dw.com/de/sophie-scholl-und-anne-frank-was-haben-ns-opfer-mit-corona-zu-tun/a-55723380>

Amadeu-Antonio-Stiftung: Verschwörungsmymen und Antisemitismus um das Corona-Virus
<https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/verschwuerungsmymen-und-antisemitismus/>

Bildungsstätte Anne Frank: Wie die Rechten die Geschichte umdeuten. Geschichtsrevisionismus und Antisemitismus.
<https://www.bs-anne-frank.de/revisionismus/>

Bunt UND Braun – Eine Chronologie und vorläufige Einschätzung der saarländischen Proteste gegen die Infektionsschutzmaßnahmen

von Klara-Katharina Bost

Ende April berichtete der Saarländische Rundfunk (SR) über einen Flashmob in Saarbrücken. Vor dem Karstadt tanzten knapp 50 Personen für „ihre Grundrechte“, darunter laut SR „Künstler, Soloselbstständige, Alleinerziehende und religiöse Menschen.“ Dies war, wenn man so will, der saarländische Auftakt dessen, was später unter dem Namen „Corona-Proteste“ oder „Hygiene-Demos“ bekannt wurde. Diese fanden bundesweit schnell großen Zulauf und gipfelten in bislang zwei medial vielfach diskutierten und kritisierten Großdemos in Berlin. Dort demonstrierten mitten in der Pandemie nicht nur Zehntausende ohne Abstand oder Maske, es liefen auch zahlreiche, offensichtliche Neonazis unbehelligt mit. Sie versuchten am Ende sogar, den Reichstag zu stürmen. Der Protest auf den Straßen ist aktuell zwar rückläufig, online finden Vernetzung und Radikalisierung aber weiter statt – auch im Saarland.

„Kunstaktion“ in Saarbrücken

Die Organisator_innen des Flashmobs, ein Künstler_innenkollektiv um Marion Ritz Valentin, sind inzwischen nicht mehr aktiv. Sie haben aber auf dem Höhepunkt ihrer Aktivitäten bis zu 450 Personen zu ihren Veranstaltungen, die später auf dem Tblisser Platz stattfanden, mobilisieren können, bevor sie, wegen stark rückläufiger Zahlen, ihre Kundgebungen Mitte Juni 2020 einstellten. Für Saarbrücken sind diese Zahlen beachtlich. Im Publikum befanden sich Hippiefamilien, Renter_innen und – auch hier – zahlreiche bekannte Gesichter aus der örtlichen Naziszene. Eine bunt gemischte Menge also? Jein. Dazu später mehr.

Um eine fundierte Kritik am Abbau von Grundrechten ging es nie. Vielmehr wurden von Anfang an Verschwörungsmymen verbreitet – vom antisemitischen Q-Anon-Phantasma¹ über die Idee,



dass das neue Mobilfunknetz 5G an Corona schuld sei bis hin zu der Annahme, dass Microsoft-Gründer Bill Gates die Pandemie nur erfunden habe. Nach massiver Kritik distanzierten sich die Veranstalter_innen von Verschwörungsmymen, zumindest Ritz Valentin räumte aber ein, dies rein aus Imagegründen und einem ökonomischen Interesse zu tun: „Wer in Verruf gerät, ein Verschwörungstheoretiker zu sein, dessen Ruf ist gefährdet, ebenso wie seine Karriere“. Sie schwenkten um auf das Motto „Wir verlangen Antworten“ und stellten hierzu sieben Fragen. Von diesen beschäftigten sich die ersten vier ausgerechnet mit: Bill Gates. Die Distanzierung von Verschwörungsmymen und extrem rechten Positionen war mithin so halbherzig wie unglaubwürdig, verprellte aber dennoch einen Teil der Anhängerschaft. Die fanden hingegen schnell einen neuen Anlaufpunkt.

¹ Hinter Q-Anon verbirgt sich ein wildes Sammelsurium verschiedener Verschwörungsmymen. Die zentrale Behauptung: Ein weltweit agierender Zirkel aus einflussreichen, satanistischen Mitgliedern der wirtschaftlichen und politischen Elite halte in unterirdischen Verliesen Kinder gefangen, um sie zu foltern und ihr Blut zu trinken, mit dem Ziel, ewige Jugend zu erlangen. Donald Trump ist in diesem Szenario die Erlöserfigur, die gegen den sogenannten „Deep State“ kämpfe. Was klingt wie ein schlechter Film ist zu einer gefährlichen Bewegung geworden, die im Zuge der Corona-Pandemie auch hierzulande den Schritt aus dem Netz auf die Straße vollzogen hat. Mehrere Attentäter beriefen sich bereits auf die Ideologie, darunter auch der Täter des Anschlags von Hanau.

„Reichsbürger“-Kundgebungen an der Europagalerie

Der Merziger Addy Loch, vor einigen Jahren aus der Linkspartei ausgeschlossen, veranstaltete am 06. Juni 2020 eine Kundgebung vor der Europagalerie in Saarbrücken. Schnell sammelten sich hier ReichsbürgerInnen, Q-Anon-Gläubige und rechts orientierte Gelbwesten, um radikalere Töne anzuschlagen. Online wie in Redebeiträgen leugnete man von da an wöchentlich die Existenz und Souveränität der Bundesrepublik und verlangte unter Berufung auf das Q-Anon-Phantasma einen „Friedensvertrag“ mit Russland und den USA. Es gibt eine demo-eigene Telegramgruppe mit 112 Mitgliedern, in der die faschistische Ausrichtung noch deutlicher wird. In der öffentlichen Chatgruppe sind rassistische Hetze und Holocaustleugnung zu lesen. Moderation? Fehlangeige.

Peter W., Admin der Gruppe, moniert die Entgleisungen nicht, sondern pflichtet bei und führt seinerseits an, „mit der KZ Infrastruktur des 3. Reiches“ hätte man „maximal 600.000 bis 1 Mio. geschafft“. Gemeint sind ermordete Jüdinnen_Juden. W. war auch Teil einer saarländischen Reisegruppe, die sich gemeinsam mit dem neonazistischen Mob an der „Stürmung“ des Reichstagsgebäudes versuchte. Am 11. September 2020 stellte die Gruppe ihre öffentlichen Kundgebungen ein, man verlegte sich stattdessen auf einen wöchentlichen Stammtisch in der Saarbrücker Kneipe Reichseck. Sowohl bei der Aktion am Reichstagsgebäude als auch bei den Stammtischen nahmen – was bemerkenswert ist – nicht nur gefestigte Rechte und Reichsbürger teil, sondern auch einige Frauen mittleren Alters, „Normalos“, wie sie sich selbst nannten, die über die Demos am Theater Anschluss an die Gruppe gefunden hatten.

Paranoide Thesen in Sankt Wendel

Auf dem Sankt Wendeler Schlossplatz etablierte sich ab Mai 2020 ein wöchentlicher Protest mit einer stabilen Zahl von circa 100 Teilnehmenden.



Publikum, Redner_innen und Themen überschritten sich teilweise mit den Saarbrücker Veranstaltungen. Einen besonders abwegigen Auftritt legte der Rechtseoteriker Traugott Ickeroth aus Blieskastel hin, der in seinen 15 Minuten Redezeit die ganze Bandbreite an Verschwörungserzählungen abdeckte: Von 5G, Q-Anon bis Chemtrails über Illuminaten war alles dabei. Vor Ort gab es nicht den geringsten Widerspruch, Personen und zivilgesellschaftliche Organisationen, welche die Problematik dieser und anderer Auftritte benannten und kritisierten, erhielten daraufhin massive Drohungen. Neben Moderator Dirk Zinnecker trat immer wieder auch Peter S. prominent in Erscheinung. Der ehemalige Saarbrücker Urwaldförster ist laut eigenen Angaben bis heute im Beamtendienst, organisiert aber in seiner Freizeit Reisebusse von Sankt Wendel nach Berlin, um dort für den Systemsturz zu demonstrieren.

Weitere Kleingruppen

Es gibt noch weitere Gruppen, beispielsweise neue Kleinstparteien wie „Die Basis“ und „Wir2020“, welche sich aus der Bewegung heraus zu gründen versuchten, aber überwiegend mit internen Streitereien beschäftigt sind. Deren saarländische Landesverbände traten bisher nicht weiter in Erscheinung.

Die knapp 250 Mitglieder starke Telegram-Gruppe „Eltern stehen auf Saarland“ war, wenn überhaupt, lange nur online wahrnehmbar. Bestimmende Themen im Chat war zum Beispiel: Manöver zur Umgehung von Masken- und Schulpflicht. Seit Oktober 2020 drängt die Gruppe mit ihrem Protest zunehmend auf die Straße. Die Selbstinszenierung als besorgte Eltern hält dabei keiner näheren Überprüfung stand. Gerade „Eltern stehen auf“ ist als Plattform offensichtlich von einschlägig bekannten Neonazis unterwandert: Es waren Yvonne und Alexander Flätgen, die am 07. November via „Eltern stehen auf“ zum Protest vor dem Bildungsministerium aufriefen, auch Jaqueline Süßdorf wurde von der Gruppe freundlich akzeptiert. In Saarlouis trifft man sich montags regelmäßig physisch zu Picknicks und Spaziergängen. Dies ist eher Selbstbespaßung und Anlaufstelle, um die eigene Unzufriedenheit zu artikulieren – ohne wirkliche Außenwirkung.

Dafür sind andere zuständig: Seit September 2020 verteilen diverse regionale Kleingruppen, die sich unter dem Namen „Freiheitsboten“ im Messenger-Dienst Telegram organisieren, Flyer mit einschlägigen (und bereits dutzendfach widerlegten) „Wahrheiten“ an saarländische Haushalte.

Pfad der Ideologisierung, Radikalisierung und Rekrutierung für „Normalos“

In der Berichterstattung zu den Corona-Protesten zeigt man sich oft verwundert, dass die Demonstrierenden so unterschiedlich zu sein scheinen. Dreadlocks, Nazishirts, Regenbogen und Reichflaggen – nur wenige Meter nebeneinander. Angesichts dessen von einer ‚heterogenen Masse‘ zu sprechen, wäre aber eine naive Verharmlosung. Nicht die Anwesenheit zahlreicher Neonazis ist das Hauptproblem, sondern die Ideologisierung, Radikalisierung und Rekrutierung vormals politisch apathischer Sozialschichten, die nun in kollektivistischer Sehnsucht schwelgen und immer ungehemmter agieren, sowie affirmativ zahlreiche Videos extrem rechter Quellen konsumieren.

Das demokratiefeindliche Potential der Corona-Proteste liegt in der Anziehungskraft faschistischer Kerngedanken und der eindeutig extrem-rechten Ideologien auf diejenigen, die sich selbst als „Normalos“ verorten. Die nicht nur überhaupt kein Problem mehr damit zu haben scheinen, dass unmittelbar neben ihnen Neonazis mit Reichsflaggen demonstrieren, sondern deren Inhalten sogar noch beipflichten.

Hier treten deutliche Defizite hinsichtlich politischer Kompetenz und Quellenkritik auf – bei den Demonstrierenden, aber auch bei einem zu großen Teil der Zivilgesellschaft. Über Corona erhalten rechte Verschwörungsmymen starken Zulauf. Auch das Gewaltpotential ist nicht zu unterschätzen. Der Ansatz, aus einem falschen Verständnis von Meinungsfreiheit heraus diffuse Ängste zu diskutablen Inhalten zu adeln, ist schon bei Pegida krachend gescheitert. Vielmehr ist deutlicher Widerspruch dringend geboten. Spätestens da, wo Antisemitismus, „Rassentheorien“ und revisionistische Geschichtsbilder offen zutage treten, besser noch: vorher, bei ersten irrational-raunenden Äußerungen und verklausulierten Codes.

Dazu braucht es aber die Kompetenz, diese als solche zu erkennen.



Netzwerk für Demokratie und Courage

Netzwerk für Demokratie und Courage Saar e. V.
Fritz-Dobisch-Straße 5
66111 Saarbrücken
Telefon: 0681 – 4000 119
Fax: 0681 – 4000 120
Mail: buero@ndc-saar.org
Internet: www.netzwerk-courage.de

Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie *leben!*



Die Kreisverwaltung

Die Veröffentlichungen stellen keine Meinungsäußerung des BMFSFJ bzw. des BAFzA oder des Saar-Pfalz-Kreises dar. Für inhaltliche Aussagen trägt der/die Autor_in bzw. tragen die Autor_innen die Verantwortung.

BILDNACHWEIS:

Titel: © cottonbro / pexels.com

Seite 8: © pixelfit / istockphoto.com

Seite 10: © Antidiskriminierungsstelle
des Bundes, Jahresbericht 2019
Gestaltung: zweiband media

Seite 12: © Thomas Witzgall

Seite 14: © picture alliance/dpa / Swen Pförtner

Seite 17: © damircudic / istockphoto.com

Seite 19: © Statistisches Bundesamt (Destatis)

Seite 26–28: alle © Thomas Witzgall

Seite 29–30: alle © Kai Schwerdt

www.netzwerk-courage.de